

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kanfer, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinhilber, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Beitzelle oder deren Raum 60 Pfg.
Bergungsaussagen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Veranstaltungsaussagen 15 Pfg.

Der Massenstreik.

Die Frage des Massenstreiks ist wieder einmal aktuell geworden. In Versammlungen und in der Presse wird mit großem Eifer die Frage diskutiert, ob ein Massenstreik zur Erringung politischer Rechte zurzeit in Deutschland möglich und durchführbar ist. Es handelt sich um das Wahlrecht zum preussischen Landtag, welches von den Befürwortern des Massenstreiks für so wertvoll gehalten wird, daß sie empfehlen, den großen Wurf zu wagen, um es endlich zu erringen. Die Bedeutung des preussischen Landtages für die Gestaltung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland darf sicher nicht unterschätzt werden. Wenn die Arbeiterschaft sich jahrzehntelang grundsätzlich von der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen ferngehalten hat, so hat nicht etwa eine Verkennung der Bedeutung der preussischen Landesgesetzgebung zu dieser Abstinenz geführt; bei näherem Zusehen wird man finden, daß die Wahlenthaltung als Protest gegen das ungerechte Wahlsystem, zugleich ein Mittel zu dessen Verdrängung sein sollte.

Dieses Mittel erwies sich als untauglich, das preussische Gewerkschaftsparlament ist nicht „versaut“, wie die Befürworter der Wahlenthaltung gehofft hatten; im Gegenteil, den Nutznießern des preussischen Wahlrechts war es nur recht, daß sich die Arbeiter fern hielten, um so bequemer richteten sie sich im Dreiklassenhause ein. Der Beschluß des Parteitag zu Hamburg 1897, sich an den preussischen Landtagswahlen zu beteiligen, bedeutete nur eine Aenderung der Taktik im Kampfe gegen das Dreiklassensystem; dieses wurde nunmehr direkt berannt. Und nicht vergeblich. Nicht nur, daß die gegen den Eintritt von wirklichen Volksvertretern in den preussischen Landtag errichteten Hindernisse sich nicht als ausreichend erwiesen, selbst die Regierung mußte anerkennen, daß der Widerstand des preussischen Wahlrechts sich auf die Dauer nicht aufrecht erhalten lasse. Der König von Preußen versprach feierlichst eine Reform des Wahlrechts. Dieses Versprechen ist freilich nicht eingelöst worden, aber man ist es in Preußen gewohnt, daß die Einlösung königlicher Versprechungen mitunter längere Zeit auf sich warten läßt, und daß es dazu manchmal einer energiegelichen Nachhilfe von seiten des Volkes bedarf.

Die letzten preussischen Landtagswahlen haben die Erwartungen, die man nach Lage der Dinge in sie setzen konnte, gerechtfertigt. Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen ist bedeutend gestiegen und die kleine sozialdemokratische Landtagsfraktion hat eine beträchtliche Verstärkung erfahren. Die Wahlen haben aber andererseits auch gezeigt, daß eine Reform des preussischen Wahlrechts von innen heraus, auf dem gewöhnlichen parlamentarischen Wege, für absehbare Zeit nicht zu erwarten ist. Die offenen und versteckten Wahlrechtsfeinde verfügen im preussischen Landtag über eine kompakte Mehrheit. Nur von außen her kann das Dreiklassensystem wahlrecht erschüttert werden. Dieser Gedanke ist keineswegs utopisch. Der entschulten Volksbewegung, den Straßendemonstrationen und Rieserversammlungen, und nicht etwa den zaghaften Anregungen, die im Dreiklassenhause selbst gegeben wurden, ist es zu danken, daß sogar der König von Preußen die organische Fortentwicklung des Wahlrechts als eine der dringlichsten Aufgaben der Gegenwart bezeichnet hat.

Inzwischen hat sich der Staatssekretär Delbrück namens der Reichsregierung im Reichstage zu der jückerischen Aufstellung bekannt, daß das Versprechen des Königs durch die Mißgeburt einer Wahlrechtsvorlage eingelöst sei, die schließlich im Dreiklassenhause ein so untrübmliches Begräbnis fand. Die Wahlrechtsfrage steht also auf dem alten Fleck. Die stärksten Mittel, die bisher von der Arbeiterschaft angewendet wurden, um die Wahlrechtsfrage in Fluß zu bringen, haben sich praktisch als nicht ausreichend erwiesen. Die Schmach der Dreiklassenhände lastet weiter auf Preußen und damit auf ganz Deutschland, und es ist begreiflich, daß die Frage, wie diese Schmach zu beseitigen ist, in den politisch interessierten Kreisen der Arbeiterschaft die Gemüter immer lebhafter erregt. Wenn Massensammlungen und Straßendemonstrationen nicht zum Ziele führten, dann, so wird argumentiert, muß ein stärkeres Mittel herhalten, und das ist der Massenstreik.

Der Streik ist bisher in Deutschland nur als ökonomisches Kampfmittel angewendet worden. Er ist die letzte, aber gewissermaßen auch die einzige Waffe, deren sich die Arbeiter bedienen, um eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage herbeizuführen oder um Verschlechterungen abzuwehren. Wir wissen aber, daß der Streik eine zweischneidige Waffe ist: bedienen sich ihrer doch auch die Unternehmer, um ihrem Willen gegenüber den Arbeitern

größeren Nachdruck zu geben. Streik und Aussperrung sind im Grunde die gleichen Waffen. In dem Augenblick nun, in welchem ernsthaft erwogen wird, mittels der Arbeitseinstellung irgend welche Ziele zu erringen, sind auch die Gewerkschaften verpflichtet, dazu Stellung zu nehmen. Nicht nur, weil ihre Mitglieder in erster Linie berufen wären, den Kampf zu führen, sondern insbesondere auch deshalb, weil die Gewerkschaften über die größeren Ersparungen in der Handhabung der Streikwaffe verfügen. So wissen wir z. B., daß für die Führung eines Streiks ein hohes Maß von Begeisterung bei den Kämpfern notwendig ist, wir wissen aber auch, daß mit der Begeisterung allein kein Kampf zu führen ist, und schneidig klingende Reden, die vor dem Kampf gehalten werden, imponieren dem erfahrenen Gewerkschaftsführer meist sehr wenig.

Wir lehnen den Massenstreik nicht grundsätzlich ab. Im Falle eines Anschlages auf das Reichstagswahlrecht oder auf das Koalitionsrecht muß jedes geegnet erscheinende Mittel zur Abwehr nachdrücklich angewendet werden und in einem solchen Fall wird auch wohl von der Waffe des Massenstreiks energig Gebrauch gemacht werden. Etwas anderes ist es aber, ob wir entschlossen sind, uns des Massenstreiks als eines Mittels zur Abwehr des schlimmsten Übels zu bedienen, oder ob wir ihn als Angreifswaffe zur Erringung größerer politischer Rechte anwenden wollen. Im letzteren Fall ist es ganz besonders notwendig, die Chancen für den Erfolg abzuwägen.

Die Voraussetzungen des politischen Kampfes sind andere als die des gewerkschaftlichen, aber für beide gilt, daß die in Betracht kommenden Massen für die zu erringenden Ziele von Begeisterung erfüllt sein müssen. Ist es notwendig, diese Begeisterung erst künstlich hervorzurufen, dann steht es schon faul um die Sache. In diesem Punkte tritt der Unterschied zwischen dem Massenstreik zur Verteidigung unserer elementarsten Rechte und dem Kampf zur Eroberung des Wahlrechts sehr deutlich in Erscheinung. Im ersteren Fall würden die Massen auf das tiefste erregt, ungestüm zur Abwehr drängen. Es wäre aussichtslos, sich dem Strome entgegenzustellen. Wo die heiligsten Güter des Volkes in Gefahr sind, da spielt bei der Organisation des Widerstandes die Erfolgsmöglichkeit keine Rolle mehr. Dann muß der Kampf bis zum Ende ausgetragen werden, und schließlich hat die Arbeiterschaft, wenn ihr das Wahlrecht oder das Koalitionsrecht, oder gar beides genommen wird, wirklich nichts mehr zu verlieren.

Ganz anders liegen aber die Dinge hinsichtlich der Erringung des Wahlrechts zum preussischen Landtag. Gewiß fühlen weite Kreise der Arbeiterschaft die Schmach des geltenden Wahlrechts so tief, daß viele Tausende einem Ruf zum politischen Streik begeistert Folge leisten würden. Aber diese, zu jedem Opfer bereiten Wahlrechtskämpfer sind doch nur ein Bruchteil jener Massen, auf deren Beteiligung gerechnet werden muß, wenn der Massenstreik auf Erfolg bieten soll. Selbst zugegeben, daß sich dieser Kerntruppe des Massenstreiks noch eine große Zahl von Arbeitern angliedern würde, die von der Begeisterung mitgerissen wurden, so wird doch der Streik noch sehr weit davon entfernt bleiben, ein allgemeiner zu sein. Bei jedem größeren Streik, bei dem es sich um die Erringung wirtschaftlicher Vorteile handelt, deren Bedeutung jedem ohne weiteres einleuchtet, spielen die Streikbrecher eine mehr oder weniger wichtige Rolle. Um wieviel wichtiger wird dieses Moment bei einem Kampfe werden, bei welchem die große Bedeutung des Objektes leider von so vielen nicht genügend gewürdigt wird. Bei einem Streik zur Erringung des Wahlrechts in Preußen hätten wir nicht nur die Staatsgewalt und die gesamte Bourgeoisie gegen uns, auch die unter merklichem Einfluß stehenden Arbeiterschichten würden den Streikbruch als ein höchst verdienstliches Werk ansehen und ihr möglichstes tun, den Kampf wirkungslos zu machen.

Der Gedanke, das gesamte Wirtschaftsleben durch den Massenstreik lahm zu legen, ist aussichtslos; zu den Massen von Lohnarbeitern, die sich nicht beteiligen würden, käme auch das Heer der Eisenbahn- und Postangestellten, es wäre nicht möglich, den Verkehr zum Stocken zu bringen. Daß die bestehenden Tarifverträge, sofern sonst die Vorbedingungen gegeben wären, dem Massenstreik Abbruch tun würden, nehmen wir allerdings nicht an. Der Tarifvertrag ist kein Fetisch, vor welchem eine so außerordentliche Massenbewegung halt machen müßte. Dabei wäre übrigens noch zu prüfen, ob eine allgemeine Arbeitsruhe, wie sie im Falle eines Massenstreiks aus politischen Gründen eintreten müßte, als Bruch bestehender Verträge angesehen werden kann. Wir brauchen aber diesem Problem nicht weiter nachzugehen, der

Streik zur Erringung des Wahlrechts kann nicht zustandekommen, weil es offenbar ist, daß er zu einem Fiasko führen würde, das schon in den ersten Tagen offenbar wäre.

Das schwierige Problem der Ernährung der Streikenden und ihrer Familien brauchen wir nicht erst zu erörtern und auch nicht die Frage, wie sich die Regierung verhalten, ob sie nicht sehr bald einen Vorwand finden wird, den Streik im Blute der Arbeiter zu ersticken. Alle diese Dinge kommen nicht in Betracht, weil der Massenstreik zur Eroberung des Wahlrechts schon an der unzulänglichen Beteiligung der Massen scheitern muß, ganz abgesehen davon, daß die Zeit des wirtschaftlichen Niederganges, in welcher so viele Tausende von Arbeitern notgedrungen feiern müssen, zur Propagierung des Massenstreiks völlig ungeeignet ist.

Wenn wir aus den angeedeuteten Gründen und aus einer Menge anderer Erwägungen heraus dem Massenstreikgedanken keine Sympathie entgegenbringen können, so ist damit nicht gesagt, daß wir den Arbeitern predigen wollen, schweigend zu dulden, was sie im Augenblick nicht zu ändern vermögen. Unser Streben ist nicht nur darauf gerichtet, die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft zu heben, wir bekämpfen auch ihre politische Knechtschaft. Wir sind überzeugt davon, daß die Dreiklassenhände in Preußen fallen muß und fallen wird. Aber nicht durch einen Putzsch und nicht als das Resultat eines Massenstreiks. Die Stärke der Bewegung, die sich in den Zahlen der organisierten Arbeiter kundgibt, wird die Regierung und die herrschenden Klassen zur Kapitulation zwingen.

Agitation und Organisation, das sind die Mittel, deren sich die Arbeiterschaft in Deutschland bisher bedient hat und die uns vorwärts gebracht haben. Je schwächer eine Bewegung, desto größer ist bei ihren Anhängern die Neigung, mit einem energigem Schlag das angestrebte Ideal zu verwirklichen. Ueber dieses Stadium ist aber die deutsche Arbeiterschaft längst hinaus. Es bedeutet einen Rückschritt, wenn man uns zumutet, uns ernsthaft mit Kampfmethoden zu beschäftigen, deren Diskutierung vor Jahrzehnten, in der Kindheitsperiode der Arbeiterbewegung, allenfalls verständlich gewesen wäre. Nicht der Massenstreik wird uns die Erfüllung unserer Wünsche bringen, sondern die zähe, unermüdbliche Agitation für den Ausbau unserer Organisationen. Dieser Weg ist zwar beschwerlich und mühsam, aber er führt sicher zum Ziel.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912.

Das christliche „Zentralblatt“ begleitet die in seiner Nummer 14 veröffentlichte Abrechnung der christlichen Gewerkschaften für das Jahr 1912 mit einem wortreichen Kommentar; es muß aber die unangenehme Tatsache konstatieren, daß die christlichen Gewerkschaften im verflossenen Jahre nicht vorwärts gekommen sind. Ja, die bedeutendsten der unter ultramontaner Führung stehenden Verbände haben sogar recht beträchtliche Verluste erlitten. Wichtig ist, daß die Wirtschaftslage im Jahre 1912 der Entwicklung der Gewerkschaften wenig förderlich war. Wenn aber das „Zentralblatt“ als besondere Umstände, die sich der Vorwärtsentwicklung der christlichen Gewerkschaften hindernd in den Weg stellten, die Reichstagswahl, den Ruhrbergarbeiterstreik und den Gewerkschaftsstreit nennt, so ist bezüglich der Reichstagswahl nicht recht einzusehen, inwiefern die Gewerkschaftsbewegung durch sie beeinflusst wird. Ein Zusammenhang kann höchstens in dem Sinne konstruiert werden, daß der Ausfall der Reichstagswahlen den Christen in stärkerem Maße zum Bewußtsein gebracht hat, daß sie vergebliche Arbeit leisten. Ihre Aufgabe, zu der sie ins Leben gerufen wurden, ist der Kampf gegen die Sozialdemokratie; sie können es aber nicht hindern, daß diese ihnen so verhasste Partei prächtig gedeiht und unaufhaltsam vorwärts marschiert.

Daß der Gewerkschaftsstreit im ultramontanen Lager den christlichen Gewerkschaften wenig förderlich war, kann man begreifen. Das ist aber eine Folge der Zwitterstellung, welche die Zentrums-gewerkschaften einnehmen. Man kann nicht zweien Herren zugleich dienen. Wer sich auf Gedeih und Verderb der römischen Kirche, diesem Machtmittel der Herrschenden zur Unterdrückung der arbeitenden Klassen, verschreibt, kann nicht gleichzeitig die Sache der Arbeiter führen. Da müssen notwendig Konflikte entstehen, wie sie beim Ruhrbergarbeiterstreik so kraß in Erscheinung getreten sind.

Das „Zentralblatt“ gibt sich natürlich Mühe, den schmählichen Verrat des Zentrums-gewerkschaftsvereins der christlichen Bergarbeiter beim Streik im Ruhrrevier zu beschönigen. Herr Adam Stegerwald, der Verfasser des Ar-

titels, hat aber selbst das Gefühl, daß er für eine faule Sache kämpft. Was soll man dazu sagen, daß er den Sach niederschreibt: „Noch nie war die Situation, für die Ruhrbergleute ohne Streit Lohnerhöhungen durchzuführen, günstiger als im Frühjahr 1912.“ Aus dem Christlichen ins Deutsche überfetzt heißt das doch nichts andres, als daß die Situation für den Streit äußerst günstig war. Daß die Unternehmer, und noch dazu die Unternehmer im Bergbau sich gutwillig bereitfinden, wesentliche Zugeständnisse zu machen, wenn sie wissen, daß ein Streit nicht zu fürchten ist, das sollte ein Mann, der den Anspruch erhebt, als Gewerkschaftsführer ernst genommen zu werden, nicht aussprechen. Nein, es ist so, wenn die an der Spitze des Gewerkschafts stehenden Zentrumsführer ehrlich gewesen und ihre Mannen nicht zum Streikbruch kommandiert hätten, dann hätten die Bergarbeiter einen schönen Erfolg erzielen können. Die Niederlage der Arbeiter ist ausschließlich das Werk ultramontanen Verrats. Der Bericht des christlichen Generalsekretariats verweist in diesem Zusammenhang auch auf den Kölner Holzarbeiterstreik, den Krefelder Färberstreik und die Emdener Hafenarbeiterbewegung, und fragt, ob man sich im sozialdemokratischen Lager dazu bequem wird, aus solchen Geschehnissen etwas zu lernen. Die Antwort auf diese Frage ist naheliegend: Gewiß haben wir daraus gelernt, nämlich daß man den Christen nicht über den Weg trauen darf, da sie jederzeit bereit sind, die Interessen der Arbeiter zu verraten.

Die Mitgliederentwicklung der einzelnen christlichen Verbände und deren Vermögen ist aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich.

Organisation	Mitgliederzahl am Schluß d. Jahres		Kassenbestand der Haupt- und Vorstellern am Schluß des Jahres 1912 in Mk.
	1911	1912	
Bergarbeiter	84 321	77 967	2 297 887
Bauarbeiter	41 413	44 000	1 200 622
Metallarbeiter	43 302	42 263	1 428 099
Textilarbeiter	40 652	39 531	756 038
Banerische Eisenbahner	26 654	26 912	1 016 631
Deutsche Eisenb.-Handw.-u.-Arb. Staats-, Gemeinde- und Verkehrsarbeiter	24 733	21 159	20 265
Holzarbeiter	16 267	18 518	62 751
Keram- und Steinarbeiter	16 448	17 459	760 461
Heimarbeiterinnen	6 841	8 219	62 069
Tabakarbeiter	7 480	8 494	44 851
Lederarbeiter	7 989	7 172	20 792
Schneider	5 653	5 986	88 207
Maler	4 488	4 818	23 249
Württembergische Eisenbahner	4 201	4 633	65 893
Telegraphenarbeiter	3 423	4 026	7 144
Gutenbergbund	3 476	3 492	3 514
Gasthausangestellte	3 102	3 296	621 879
Nahrungs- u. Genussmittelarb.	2 254	3 280	22 611
Graphischer Zentralverband	2 875	3 205	23 515
Krankenfleger	1 737	2 174	37 252
Medienburgische Eisenbahner	1 454	1 786	5 332
Gärmer	987	987	—
Weinbergarbeiter	824	791	6 555
	751	751	—
Zusammen	350 574	350 930	8 575 658

Auffällig ist der starke Rückgang, den die Organisation der Bergarbeiter erlitten hat. Der Bericht des Generalsekretärs ist ehrlich genug, diesen Rückgang in der Hauptsache auf den Ruhrbergarbeiterstreik zurückzuführen. Es ist aber auch leicht erklärlich, daß das schwache Verhalten der ultramontanen Führer auf die Arbeiter, die geglaubt hatten, auch in der christlichen Organisation für die Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage kämpfen zu können, erbitternd wirken mußte. Aus Abneigung über den ihnen zugemuteten Verrat haben Tausende von ihnen die Gemeinschaft mit den Christen aufgegeben.

An einer andern Stelle des Berichts wird ausgeführt, daß wenn der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter sich an Ruhrbergarbeiterstreik beteiligt und nicht einige größere Verbände im Berichtsjahre größere Beitragserhöhungen durchgesetzt hätten, dann hätten sich die christlichen Gewerkschaften auch im Jahre 1912 eine Gesamtmitgliederszunahme von 20 bis 30 000 sichern können. Das ist das leidige „wenn“. Wenn die Christen nicht in der Hoffnung, im Streik stehen zu können, den niederrückigen Verrat gelitten hätten, dann wären sie auch nicht so tief in der Führung der christlichen Arbeiter gesunken.

Zu den christlichen Gewerkschaften stellen übrigens die Beamtenvereine einen nicht unerheblichen Prozentsatz. Als Gewerkschaften können aber diese Vereine nicht angesehen werden, denn nicht nur, daß sie ausdrücklich darauf verzichten, sich des Streiks zu bedienen, auch in ihren gesamten Einrichtungen haben sie mit den Gewerkschaften so gut wie nichts gemein. Da ist z. B. der Verband der deutschen Eisenbahnhandwerker und -arbeiter mit 21 159 Mitgliedern, der als Jahreserlöse 75 769 Mk. verzeichnet, davon 71 633 Mk. als Beitragsgelder und Beiträge. Seinen Mitgliedern gewährte er an Unterstützungen ganze 3131 Mk. 1.20 mehr als Stempelgeld, dazu könnte man allenfalls noch 2.40 Mk. für Reiseauslagen rechnen. Damit hören aber die Bewandlungen an die Mitglieder auf. Dagegen gab dieser Verband für Gehälter 454 Mk. und für Verwaltung 11 833 Mk. aus; 10 275 Mk. wurden für Agitation verwendet und 23 297 Mk. kostete das Verbandsorgan. Ferner wurden für Bibliothek und Büchergewerke 1728 Mk. ausgegeben und 1676 Mk. als Beitrag an den Gesamtverband gezahlt. In die Kassen fließen 7146 Mk., und schließlich

sind noch 8706 Mk. als sonstige Ausgaben verzeichnet. Und das nennt sich eine Gewerkschaft!

Ähnlich liegen die Dinge bei den übrigen Beamtenvereinen. Das merkwürdigste Gebilde dieser Art ist der Verband der Mecklenburgischen Eisenbahner, der in der Liste mit 987 Mitgliedern verzeichnet ist. Aus einer Fußnote ist ersichtlich, daß dieser Verein im letzten Jahre keinerlei Ausgaben gemacht hat, weshalb die Mitgliederzahl vom Jahre 1911 eingestellt ist. Aber auch im Jahre 1911, in welchem dieser Verein erstmalig in der Liste der christlichen Gewerkschaften erscheint, hat er nichts von sich hören lassen; dort wird von ihm lediglich mitgeteilt, daß er 987 Mitglieder und ein Vermögen von 641 Mk. besitzt. Wahrscheinlich ist diese christliche Gewerkschaft längst wieder eines selbigen Todes verblieben. Aber die Christen führen in ihrer Liste nicht nur verstorbene, sondern auch ungeborene Vereine, denn der für Herrn Behrens, den abgehalfterten Generalsekretär der christlichen Bergarbeiter, gegründete Verband der Weinbergarbeiter, der zwar 751 Mitglieder haben soll, aber weder Einnahmen noch Ausgaben oder Vermögen nachzuweisen vermag, kann doch wohl nicht als vollgültige Organisation angesehen werden. — Um auf das bewußte christliche „wenn“ zurückzukommen, kann man wohl sagen: wenn die christliche Gewerkschaftsstatistik sich nur auf die wirklich existierenden Vereine beschränken würde, dann ergäbe der Vergleich der Mitgliederziffern nicht nur eine Stagnation, sondern einen erheblichen Rückgang.

Günstig haben sich nach der veröffentlichten Abrechnung die Kassenverhältnisse entwickelt. Die Einnahmen der Zentrums-Gewerkschaften sind gegenüber dem Vorjahre von 6 243 642 Mk. auf 6 608 350 Mk. gestiegen, während die Ausgaben von 5 299 781 Mk. auf 5 222 727 Mk. zurückgingen. Infolgedessen stieg das Gesamtvermögen von 7 082 942 Mk. auf 8 575 658 Mk. Größere Ausgabenposten sind: Verbandsorgane 549 973 Mk., Agitation 670 429 Mk., Streit- und Gemahregelunterstützung 654 323 Mk., an Reise- und Gemahregelunterstützung wurden 201 223 Mk., an Krankengeld 761 293 Mk. und an Sterbegeld 205 083 Mk. ausgegeben.

In seinen Schlußbetrachtungen kommt Herr Stegerwald noch einmal ausführlich auf die christliche Streikbruchtaktik zu sprechen, und er sucht es so darzustellen, als ob das Sinnen und Trachten der freien Gewerkschaften nur darauf gerichtet sei, den ultramontanen Organisationen Nachteil zuzufügen, und daß sie deshalb Kämpfe anzetteln „mit denen sie in erster Linie den Zweck verfolgen, die christlichen Gewerkschaften zu schädigen“. Das sind die bekannten M.-Gladbacher Finten; ihre Widerlegung erübrigt sich um so mehr, als der christliche Generalsekretär die Behauptungen, die er da aufstellt, selbst nicht glaubt. Seine Verdächtigungen erinnern aber lebhaft an das bekannte Sprichwort: „Man sucht keinen hinter dem Ofen, wenn man nicht schon selbst dahinter war!“

Im übrigen sind wir weit entfernt, aus der Stagnation der ultramontanen Gewerkschaften im verflochtenen Jahre den Schluß zu ziehen, daß sie den Höhepunkt ihrer Entwicklung bereits überschritten hätten. Die gleichen Ursachen, denen die Zentrumspartei in Deutschland ihre Existenz und ihren Einfluß verdankt, sichern auch den in ihrem Schatten lebenden Arbeitervereinen ihr Dasein. Ob dabei den maßgebenden Mächten des Klerikalismus die Köln-M.-Gladbacher oder die Berliner Richtung der katholischen Arbeitervereine spindeldünn ist, ist im Grunde genommen gleichgültig. Die hauptsächlichsten Rekrutierungsgebiete für die ultramontanen Organisationen sind die rückständigen Gebiete des Reiches und die Personenzentren, die noch nicht zum selbständigen Denken erwacht sind und die deshalb blindlings ihren geistlichen Führern folgen. Diese Reservoire, aus denen die christliche Arbeiterbewegung ihren Anhang bezieht, sind noch lange nicht erschöpft, die Bewegung hat also noch Aussicht, weiter zu wachsen. Aber dank der fortschreitenden Aufklärung wird das christliche Rekrutierungsgebiet immer enger. Wenn auch die absolute Mitgliederziffern der ultramontanen Gewerkschaften später wieder steigen, so sind diese selbst doch dauernd dazu verurteilt, eine Minderheitsorganisation zu sein. Ganz abgesehen von den Nebenzwecken, die ihre Drahtzieher mit ihnen verfolgen, können sie für die Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter positiv wenig leisten. Ihre Stärke liegt auf andern Gebieten. Sie können durch Verrat an ihren Klassengenossen der Arbeiterschaft unter Umständen schweren Schaden zufügen. Ihre Leistungsfähigkeit nach dieser Richtung haben sie in der letzten Zeit hinreichend bewiesen.

Arbeitsstätten und Arbeitsbedingungen der Tischler in Essen und Umgegend.

Essen ist eine Hochburg des Kapitalismus und eine Zentrale der Schmarotchervereinigungen. Kolossale Bankhäuser sowie riesige Verwaltungsgebäude charakterisieren diese Stellung. Riesenwerke, wie die Kruppische Gussstahlfabrik, eine große Anzahl Bergwerksunternehmungen usw. bestimmen die Verhältnisse und drücken dem Ganzen ihren Stempel auf. Der ausgesprochenste Fabrikdespotismus herrscht hier noch unumhüllt, die Willkür der Werkleitungen kennt keine Schranken, in den meisten Fällen nicht einmal die gesetzlichen. Dafür liegen Beweise sowohl an allgemein angelegeneren als auch an tagtäglich sich ereignenden, weniger beachteten Vorkommnissen vor. Das sind indessen ganz selbstverständliche, langandauernde Begleiterscheinungen der heutigen kapitalistischen Produktionsweise, es ist die Eier eines nach noch größerer Macht und Einfluß strebenden Industrie-fendalismus, der alles niedertreibt, was sich ihm in den Weg stellt. Und die Entwicklung ist auch auf diesem Gebiete, obwohl schon zu hohen Fernen gediehen, noch lange nicht abgeschlossen.

Da ist es denn nicht uninteressant zu untersuchen und festzustellen, wie inmitten dieser Umgebung sich die Verhältnisse im Tischlergewerbe entwickelt haben und wie sie heute liegen.

Der Außenstehende, der die Industriestadt Essen nur dem Namen nach und wegen der bekannten Kruppischen Kanonenfabrik kennt, wird leicht dazu verleitet, anzunehmen, daß neben den Eisenbetrieben anderer Industrien auch die Holzindustrie sich allmählich zur Großindustrie emporentwickelt haben wird. Wie wenig das aber der Fall ist, zeigt uns die Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907. Nach ihr waren in Essen Stadt und Land 407 reine Tischlereibetriebe mit 1375 Beschäftigten vorhanden. Es kamen demnach auf jeden Betrieb durchschnittlich 3,38 Arbeiter. Dies Verhältnis ist heute eher schlechter als besser geworden, denn eine Reihe Betriebe, die mit 30 bis 40 Arbeitern den Mittelbetrieben zugerechnet waren, sind inzwischen von der Bildfläche verschwunden. Die angeführten Zahlen lassen erkennen, daß das Tischlergewerbe in Essen von der allgemeinen Entwicklung nicht mitgerissen wurde und das längst veraltete Kleinmeister-System heute noch dominiert; ja selbst bescheidene Ansätze zum Fortschritt mußten nach kurzem Bestehen dem alten Pops das Feld räumen. Diese Tatsachen zeigen uns drastisch, in welch trostlosem Zustande sich die Tischlerei in dieser Gegend befindet. Daß diese Erscheinung nicht ohne Einfluß auf die Arbeitsverhältnisse und auf die Arbeiter selbst ist, braucht kaum erwähnt zu werden.

Sehen wir uns zunächst die Arbeitsstätten etwas näher an. Bei den allgemein fortgeschrittenen und verblühten Einrichtungen der Tischlereibetriebe dürfte man von jedem Kleinmeister, der mit 2-4 Gehilfen arbeitet, erwarten, daß er sich einen wenigstens einigermaßen anständigen Betrieb einrichtet, um so, wenn auch im kleinen, rationell produzieren zu können und dadurch die Leistungsfähigkeit seines Betriebes zu erhöhen. Aber wenn man einen großen Teil von Tischlereiwerkstätten in Essen nur betrachtet, überkommt einen schon ein unheimliches Gefühl, man möchte am liebsten wieder umkehren und nur die Not zwingt den Arbeiter, dort zu arbeiten. Nicht anders wird es der Kundenschaft gehen, wenn sie Bestellungen aufgeben will. Ein jedes Loch, wenn es nur vier Wände hat — auch ohne Lünche —, hält man hier für eine Tischlerwerkstatt gut genug. Räume mit allerprimitivsten Auf- und Zugängen, vier kahle Wände und ein Bretterdach darüber, äußerlich eher Ställen als Werkstätten ähnlich, werden hier als Tischlerwerkstatt angesprochen. Für geordnete Lichtzufuhr mußte in jeder Tischlerwerkstatt aufs beste gesorgt sein, denn das Gelingen guter Arbeit hängt neben andern Voraussetzungen vielfach davon ab, ob der die Arbeit ausführende Arbeiter beim Arbeiten ordentlich sehen kann, ganz davon zu schweigen, daß es für die Augen des Arbeiters außerordentlich nachteilig ist, wenn er in einem ungenügend belichteten Raum schaffen muß. Aber auch diese Selbstverständlichkeit bleibt in vielen Fällen vollständig unberücksichtigt. Von derselben Beschaffenheit wie die Werkstätten selbst sind in der Regel auch die Werkzeuge. Zur Herstellung guter Tischlerarbeiten ist gutes Werkzeug geradezu unerlässlich und die Beschaffung desselben ist heute nicht mehr mit so großen Kosten verknüpft, wie noch vor einigen Jahrzehnten. Auch hier ist die verbilligende Herstellungsweise dem Tischlerhandwerk sehr zugute gekommen, so daß man wohl annehmen sollte, jeder denkende Meister müßte im eigenen Interesse darauf sehen, daß in seiner Werkstatt gutes Arbeitszeug vorhanden ist. Dadurch würde es ermöglicht, daß gute Arbeitskräfte auch in kleinsten Werkstätten arbeiten würden, und daß manche Arbeit in kürzerer Zeit und besser ausgeführt werden könnte, als das mit primitivem Handwerkszeug der Fall ist, was den Betrieb ebenfalls wieder leistungsfähiger machen würde.

Aber alles das ist unsern rückständigen Kleinrentnern egal. Es ist schon ein ganz ungesunder Zustand, daß ein großer Teil dieser Arbeitgeber nicht einmal über den „eigenen Herd“ verfügt und wesentlich darauf sind auch die ganz primitiven Einrichtungen zurückzuführen. Dadurch kommt es auch häufig vor, daß ein Meister heute seine Wunde hier aufschlägt und nach Umfluß einiger Zeit bereits in einem ganz andern Stadteil domiziliert. Auch ist es keine Seltenheit, daß Arbeitsstellen bei Bauten vorübergehend errichtet werden, so daß von einer „fliegenden Produktionsweise“ geredet werden kann. Der Meister ist dadurch gezwungen, genau so umherzuziehen, wie das bei den Arbeitern der Großstädte typisch geworden ist, was ebenfalls in vielen Fällen erklärt, daß die Meister so wenig Augenmerk auf die Betriebe und auf deren Ausstattung verwenden.

Es ist nur natürlich, daß bei einem derartigen Produktionszustand die Arbeit in der Regel nicht so ausgeführt ist, daß sie als gute, saubere Arbeit bezeichnet werden kann; es wird auch außerordentlich viel Wert darauf gelegt, daß ein großes Pensum fertiggestellt wird, die Quantität marschiert in den meisten Betrieben vor der Qualität, auf den Geschmack des tausenden Publikums, der heute auch in Essen ein viel feinerer geworden ist, wird wenig Rücksicht genommen. Da braucht es denn nicht wunderzunehmen, daß bessere Tischlerarbeiten meist von auswärtig kommen, und die Klagen der Essener Meister darüber sind absolut nicht am Platze. Grundsätzlich natürlich ist es, das Einführen auswärtiger Arbeiten auf die niedrigen Arbeitslöhne zurückzuführen, die angeblich dort bezahlt werden sollen, wie man das so oft zu hören bekommt. Abgesehen davon, daß die Uebertreibungen der niedrigen Löhne nicht richtig sind, wirkt der Arbeitslohn in keinem Falle derart verzerrend auf die Waren ein, daß es sich rentieren würde, sie von auswärtig einzuführen, wenn man sie am Orte ebenso gut haben könnte. Solange die hiesigen Tischlermeister nicht selbst darauf sehen, daß ihre Betriebe modernisiert und leistungsfähig werden — letzteres nicht nur in bezug auf Quantität — dürfte sich dies Verhältnis kaum ändern. Es sei, um der Wahrheit die Ehre zu geben, an dieser Stelle vermerkt, daß die Betriebe hiesiger, alteingesessener Meister nicht unter die oben gekennzeichneten zählen; aber auch sie müßten als „Reiter des Handwerks“ bestrebt sein, die geschilderten Zustände beseitigen zu helfen, denn gerade sie hätten in ihrer Innung ein Zwangsmittel, um in den Tischlerwerkstätten allmählich Normalzustände herbeizuführen.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Spernung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verhandlungsmittler Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zuzug ist fernzuhalten von:
 - Tischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Ahrensburg l. Holst. (Eggers), Bamberg (Möbelindustrie Gerst), Bernburg, Bramsche, Bruchsal (Schilling), Czerst, Dachau bei München, Dannenberg a. d. E. (W. Ziefenih), Deutsch-Neudorf in Sachsen, Gebweiler i. Els., Gießmünde (Kilken), Groß-Bartelsee bei Bromberg, Holzgerlingen, Hoyerswerda, Johannsgeorgenstadt (Rau), König, Limbach (W. Albricht), Lübnitz in Pommern, Marktredwitz, Mühlhausen in Thüringen (Waugeschäft A. Schrelber), Derlinghausen, Silberhau im Erzgeb., Rendsburg (Waugeschäfte), Schinkel bei Osabrück (Wschmann), Schmiedeberg, Bezirk Dresden (Wschmühle), Schwibus (Landwirtschaftliche Maschinenfabrik Silberstein), Sellstedt (Rhode), Uslar, Verden an der Aller, Waltershausen, Weiskensels (Mietzlau), Wilster in Holstein (Gustav Rau), St. Gallen (Schweiz).
 - Mobeltischlern nach Hagnau (Metallwarenfabr. Friedrich), Leipzig, Basel (E. und C. Rudin), Pilsen in Böhmen (Stodawerke).
 - Drexlern, Polierern und Hilfsarbeitern nach Cham (Spinnfabrik Max Borger), Göppingen (Spielwarenfabr. P. Zeller u. Co.), Hamburg (Vulkanfabrikanten), Lübben i. d. Lausitz (Morgenstern), Neusalza. Oder, Nürnberg.
 - Stadtmachern nach Cassel-Bettenhausen (Hessische Schloßfabrik).
 - Bergoldern, Grundratern, Verzierern und Farbigmachern nach Burg b. Magdeburg (Wattenberg), Glattbrugg bei Zürich (Dekers).
 - Märkten- und Pinselfachern nach Frankfurt a. M. (Gustav Lopp), Nürnberg, Reinsfeld in Holstein, Schopfloch, Schwelm.
 - Korbmachern nach Dresden (Rohrmöbelfabrik Reimann), Osterburg.
 - Stellmachern nach Chemnitz, Gera, N. j. L. (Karoiserie-fabrik P. Saß).
 - Kammachern, Schleifern, Ästern, Graveuren, Hilfsarbeitern nach Darmstadt (Schlager u. West).
 - Sägern und Plazarbeitern nach Cham, Groß-Bartelsee bei Bromberg, Kehl a. Rh., Katalan der Rehe (Schneidemühle F. Haerwald).
 - Werkstarbeiter nach Flensburg, Hamburg, Kiel, Stettin, Vegesack.

Daß unter den geschilderten Zuständen der Betriebe die Arbeitsverhältnisse selbst nicht ideal sein können, ist wohl selbstverständlich. Wohl sind dieselben tariflich geregelt und von den Organisationen geschieht alles, daß die Beiträge eingehalten werden. Allein durch die vielen Kleinbetriebe und durch den fortgesetzten Wechsel der Arbeitskräfte in denselben ist die Ueberwachung der Beiträge außerordentlich erschwert, zudem auch die Verschuldung mit den Kollegen nicht leicht zu bewerkstelligen ist. Aber schon der Vergleich der in Essen und Umgegend bestehenden mit andern Betrieben läßt erkennen, daß die Verhältnisse hier in der Großstadt noch rückständig sind. Da ist vor allen Dingen die hier noch übliche vierzehntägige Lohnzahlungsperiode, die anderwärts längst durch die acht tägige verdrängt ist, herauszugreifen. Läßt sich die Notwendigkeit derselben in Großbetrieben nur mit recht mageren Gründen belegen, so ist das im Kleinbetrieb schon gar nicht möglich. Der Schaden, der daraus für den Arbeiter entstehen kann, macht sich im Kleinbetrieb viel häufiger geltend als im Großbetrieb. Die geschilderten Zustände bringen es leider recht häufig mit sich, daß die Meister in Zahlungsschwierigkeiten geraten und da kommt es dann oft genug vor, daß der Arbeiter warten muß, ob er den Lohn für die letzten zwei Wochen erhalten kann oder nicht. Zwar soll in der Mitte der Lohnperiode ein sogenanntes Kostgeld in Höhe von 80 Prozent des Lohnes gezahlt werden, allein der gute Arbeiter läßt sich leicht verlocken und fällt dabei herein. Daß in vielen Fällen der Dienstag, Mittwoch oder Donnerstag anstatt Samstag Lohntag ist, wird von der Arbeiterschaft nichts weniger als angenehm empfunden. Auch die Ueberstundenfrage ist anderwärts weit besser geregelt als hier. Ueber die Notwendigkeit derselben entscheidet fast noch vollständig der Meister, und kommt es dadurch häufig vor, daß in Betrieben Ueberstunden gearbeitet werden zuzeiten, wo dies infolge vorherrschender schlechter Konjunktur von der Allgemeinheit gar nicht verstanden wird und die Arbeiter leicht uneinig werden. Ist es doch keine Seltenheit, daß selbst an Samstagen bis 9 Uhr abends Ueberstunden gearbeitet werden. Man kennt im hiesigen Vertrag auch die allgemein übliche Zulage bei allen Arbeiten außerhalb der Werkstätte nicht. Sie wird nur bezahlt, wenn es sich um „Abbruch oder abbruchähnliche Umbauten“ handelt, während sie anderwärts auch bei Neubauten selbstverständlich ist. Die Bestimmungen über Afordarbeit sind in andern Verträgen ebenfalls präziser gefaßt.

Alles dies ist Beweis dafür, daß die Arbeitsverhältnisse hier noch viel ungünstiger liegen als an andern Orten. In Großstadtverhältnisse erinnert höchstens die Arbeitszeit, doch ist man von einer gewissenhaften Einhaltung der vertraglichen 54stündigen Arbeitszeit in Essen und Umgegend noch weit entfernt, wie auch der Lohn noch viel zu wünschen übrig läßt.

Immerhin diese Mißstände lassen sich bei guter Konjunktur mit Mühe und Not ertragen, dagegen werden sie direkt unerträglich bei eintretendem schlechten Geschäftsgang, der von Mitte Dezember bis Ende Juni jetzt fast jedes Jahr regelmäßig wiederkehrt. Dann kommt zu obigen noch das

schikanöse Verhalten des Kleinmeisters, das oft viel brutaler ist als in manchem Großbetrieb. Sie verstehen es ebenfogut wie der große Fabrikant, sich die schlechte Konjunktur dienstbar zu machen. In solchen Zeiten ist das Arbeitsverhältnis derart unsicher, daß selbst gute Arbeitskräfte gezwungen sind, die Arbeitsstellen häufig zu wechseln. Es macht sich ein Ueberfluß an Arbeitskräften bemerkbar, der sofort wieder ins Gegenteil umschlägt, sobald die Konjunktur wieder anfängt, sich zu bessern. Die Zeiten, wo Arbeitsmangel hier nicht bekannt war, sind auch für Essen längst dahin.

Außerordentlich beklagenswert ist es, daß die bessere Möbelproduktion hier noch nicht Eingang gefunden hat, obwohl die Nachfrage nach besseren Möbeln eine sehr rege ist. Die vorhandenen guten Möbelbetriebe beschränken ihre Tätigkeit darauf, Möbel von auswärts einzuführen, um sie im eigenen Betrieb beizen, polieren und fertigstellen zu lassen. Dies äußert sich auf die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit recht nachteilig. Wo der Tischler fast ausschließlich auf Bauarbeit angewiesen ist, da hat er auch die Leiden des Bauarbeiters, die sich bei strengen Wintern oft recht lange hinziehen, mit durchzulisten.

Alles das zeigt uns, daß sowohl Arbeitsstätten als auch Arbeitsverhältnisse im Tischlergewerbe Essens und Umgegend als noch recht mangelhaft bezeichnet werden müssen. Die geschilderten Zustände, die für die Arbeiterschaft immer delikater und unsicherer werden, zeigen uns aber auch, wohin es führen müßte, wenn die Art Mittelstandsretterei, die in der Bekämpfung des Großbetriebs und der Konsumvereine gipfelt, wie das am 18. Mai auf dem Essener Mittelstandstag wieder so deutlich in Erscheinung trat, jemals wirklichen Erfolg haben würde. Die Arbeiter würden unter den konservierten mittelalterlichen Zuständen der Kleinbetriebe noch mehr leiden, als das heute bei den Auswüchsen der großkapitalistischen Produktionsweise, gegen die wenigstens erfolgreich angekämpft werden kann, der Fall ist. Es kann deshalb nicht unsere Aufgabe sein, diese rückwärtlichen Bestrebungen zu unterstützen. Wir werden und müssen uns mit den bestehenden Verhältnissen abfinden, so gut es geht; wir werden aber überall dort, wo sich Gelegenheit bietet, diese veralteten Zustände nachdrücklich bekämpfen müssen, wenn es das Interesse der Arbeiterschaft verlangt. Hier ist noch eine große Arbeit der Organisationen zu leisten, die um so leichter durchgeführt werden könnte, je besser und straffer und einheitlicher die Organisationsverhältnisse selbst sind. ger, Essen.

Soziales.

Was die Arbeitgeber für die Arbeiter leisten!

Unter dieser Stichmarke drückt die „Fachzeitung“ eine Uebersicht über die Leistungen aus den Arbeiterversicherungs-gesetzen ab, die auf der Internationalen Baufach-Ausstellung in Leipzig als „Merklblatt“ verbreitet wird. Hiernach wären den Versicherten zugesprochen aus der Krankenversicherung seit ihrem Bestehen (1885) bis Ende 1911 4740 Millionen Mark; im Jahre 1911 allein 397 Millionen Mark. In der gleichen Zeit betragen die Zuwendungen aus der Unfallversicherung 2139 Millionen Mark; im Jahre 1911 allein 167 Millionen Mark. Die Invalidenversicherung hat seit ihrer Errichtung im Jahre 1891 den Versicherten 2272 Millionen Mark zugewendet; im Jahre 1911 204 Millionen Mark. Die Leistungen aus allen drei Versicherungen betragen also zusammen bis zum Jahre 1911 9160 Millionen Mark, im Jahre 1911 allein 768 Millionen Mark. Demnach würden also den Arbeitern aus der Arbeiterversicherung täglich zwei Millionen Mark zugewendet. Die Träger der drei Versicherungszweige besitzen ein Vermögen, das am Ende des Jahres 1911 zusammen 2660 Millionen Mark betrug.

So weit, so gut. Es fällt uns nicht ein, den Wert der Arbeiterversicherungsgesetze bestreiten zu wollen, wenn wir im einzelnen auch mancherlei an ihnen auszufehen haben. Bei dem großen Personenkreis, den die Arbeiterversicherung umfaßt, summieren sich eben die im Einzelfall oft sehr bescheidenen Leistungen zu den riesigen Summen, auf welche das offizielle Deutschland so ungeheuer stolz ist. Auf den Kenner der Verhältnisse wirkt es aber komisch, wenn die Unternehmer die Leistungen aus der Arbeiterversicherung als ihr persönliches Verdienst in Anspruch nehmen. In Wirklichkeit sind all die Summen, über welche die Träger der Versicherung verfügen, von den Arbeitern selbst aufgebracht!

Bekanntlich sind die Beitragslasten so verteilt, daß zur Krankenversicherung die Arbeiter $\frac{2}{3}$ und die Unternehmer $\frac{1}{3}$ des Beitrags zahlen. Bei der Invaliditätsversicherung wird der Beitrag von beiden Seiten je zur Hälfte getragen, und die Umlage für die Unfallversicherung wird von den Unternehmern allein erhoben. Es ist aber eine sehr naive Auffassung, wenn es so dargestellt wird, als ob die Unternehmer die auf sie entfallenden Beiträge aus der eigenen Tasche zahlen. Der Unternehmerbeitrag ist ein Teil des von den Arbeitern geschaffenen Arbeitsertrages; er ist gewissermaßen ein Teil des Lohnes, den aber der Arbeiter nicht direkt erhält, sondern der für ihn in die Versicherungskasse eingezahlt wird. Es fällt dem Unternehmer auch nicht ein, seinen Profit um den Betrag der Versicherungsbeiträge zu schmälern. Diese werden, ebenso wie alle andern Geschäftskosten, wie Löhne, Rohmaterialien, Maschinen und Werkzeuge, Miete usw. in den Preis der Waren ein kalkuliert.

Man darf sich durch das Gezeir der Unternehmer über die schwere Belastung durch die sozialpolitische Gesetzgebung nicht irre machen lassen, und wenn sie gar behaupten, die Leistungen der Arbeiterversicherung seien Leistungen der Unternehmer an die Arbeiter, wofür diese zu Dank verpflichtet wären, dann lachen wir sie gebührendermaßen aus. Was die Arbeiter auf Grund der Versicherungs-gesetzgebung beziehen, ist kein Almosen, sondern sie haben einen wohl-

erworbenen Rechtsanspruch darauf, denn es handelt sich durchweg um Summen, welche die Arbeiter selbst aufgebracht haben.

Die Versicherungs-kasse gegen Arbeits- und Stellenlosigkeit in Köln hatte am 1. Juli ihre zweiährige Versuchzeit beendet. In dieser Zeit hat sich ergeben, daß die Versicherung der Beiträge, die sich mangels anderer Unterlagen lediglich auf das Material der Gewerkschaften stützen mußte, zutreffend war. Die Kasse schließt ihre Probezeit mit einem günstigen Ergebnis ab. Sie verfügt heute über einen Vermögensbestand von 100 000 Mk., den zu erreichen allerdings nur durch den städtischen Zuschuß von 114 000 Mk. in den zwei Jahren möglich war. Unmittelbar Versicherte hatte die Kasse nur 195, die aber trotz der höheren Beiträge mehr an Unterstützung erforderten, als sie einzahlten. Ihren Beiträgen mit 4094 Mk. standen 6883 Mk. Unterstützung entgegen. Weit günstiger gestaltete sich das Verhältnis bei den Rückversicherten, bei denen eben nicht nur die schlechten Risiken versichert sind. Die Gewerkschaften stellten insgesamt 10 500 solcher Rückversicherten und zahlten dafür 29 104 Mk. Beiträge, bezogen aber nur 14 138 Mk. an Unterstützung. Der Ueberschuß wird aber nicht dauernd in solcher Höhe bleiben, da mit den Jahren, bei gleichbleibenden Beiträgen, eine Steigerung der Unterstützungssätze eintritt und das erste Jahr als Karenzzeit gilt, also die Ausgaben sich nur auf die halbe Zeit erstrecken. Da aber ja ein dauernder Zuschuß der Stadt Köln zur Verfügung steht, ist das finanzielle Ergebnis der zwei Versuchsjahre immerhin derart günstig, daß jetzt eine Erleichterung der Bezugsbedingungen vorgenommen werden konnte, indem die Karenzzeit von 52 auf 30 Wochenbeiträge herabgesetzt wurde. Dann wurde auf Grund der bisherigen Erfahrungen die Zahl der Gefahrenklassen von drei auf vier erhöht. Die Holzarbeiter rangieren dabei in der zweitbilligsten. Die Gewerkschaften zahlen pro Mitglied und Woche 2, 5, 10 oder 15 Pf. und erhalten pro Tag und Fall 1,20 Mk., höchstens aber im Jahre 72 Mk. Die Vereine der vierten Gefahrenklasse (besonders Bauarbeiter und Saisonberufe) erhalten in den ersten 52 Wochen der Bezugsberechtigung nur 1 Mk. pro Tag. Bedingung ist jedoch bei allen angeschlossenen Vereinen, daß ihr Unterstützungssatz um mindestens 25 Pf. höher ist als der Erstattungsatz. Wollen sie also diesen Zuschuß voll ausnützen, müssen sie selbst mindestens 1,45 Mk. (bei den Bauberufen 1,25 Mk.) pro Tag zahlen. Die Mitglieder erhalten dann also 2,65 Mk. Ueber 3 Mk. pro Tag darf jedoch die gesamte Unterstützung nicht betragen.

Selbstversicherer zahlen pro Woche 10, 20, 35 oder 45 Pf., wenn sie auf 1,50 Mk. während der ersten 20 und 75 Pf. während der weiteren 40 Unterstützungstage rechnen. Bei 15, 30, 50 und 60 Pf. erhalten sie 2 Mk. bzw. 1 Mk.

Gleichzeitig mit der Neuordnung der Verhältnisse hat die Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit im Winter, ihre endgültige Auflösung beschlossen. Ihr Vermögen, das am 1. April dieses Jahres 150 222 Mk. betrug, geht fast ganz auf die neue Kasse über, so daß diese jetzt auch für außergewöhnliche Vorfälle gewappnet ist.

Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt, Reichsanstalt. Von der Verwaltung werden wir um den Abdruck folgender Mitteilung ersucht: Unter dem Vorsitz des Direktors im Reichsamt des Innern Wirklichen Geheimen Rat Caspar, fand am 19. und 20. Juni eine Tagung des Beirats der „Ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt, Reichsanstalt“ in Charlottenburg (Fraunhoferstr. 11/12) statt. Dieser Beirat setzt sich aus prominenten Persönlichkeiten der Wissenschaft und der Industrie und aus Beamten der Gewerbeaufsicht und der verschiedenen Berufsvereinigungen usw. zusammen. Hauptaufgabe der Tagung war die Prüfung der Ausstellungsgegenstände nach der Richtung hin, ob die vorgeführten Schutzvorrichtungen den neuesten Anforderungen der Betriebssicherheit noch entsprechen. In zweitägiger intensiver Arbeit wurde diese Aufgabe erledigt. Die Verwaltung verdankt den Verhandlungen manche wertvolle Anregung zur Verbesserung und Neueinrichtung. Es war die einstimmige Ansicht der bei dieser Gelegenheit versammelten Spezialfachverständigen, daß die Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt sich nach zehnjährigem Bestehen als ein unentbehrliches Mittel zur Verbreitung von Kenntnissen auf dem wichtigsten Gebiete des Arbeiterschutzes bewährt hat, und daß ihre weitere Ausgestaltung die Anwendung noch weit erheblicherer Mittel, als ihr bisher zugeflossen sind, rechtfertigen dürfte.

Die Ausstellung hat ferner soeben den Bericht über ihre Tätigkeit im letzten Jahre veröffentlicht. Von dem Interesse, dessen sich die Ausstellung in immer weiteren Kreisen zu erfreuen hat, gibt vor allem die stetig wachsende Zahl der Besucher kund, die sich von 26 253 im Vorjahre auf 32 314 gehoben hat. Was die Ausstellung vor manchen andern ihren besonderen Wert verleiht, sind die sachverständigen Gruppenführungen, die auf vorherige Anmeldung jederzeit veranstaltet werden. Solche Führungen fanden im Jahre 1912 562 mit rund 17 000 Teilnehmern statt. Es waren daran nicht nur Berliner beteiligt, sondern auch von auswärts finden sich häufig Besucher, vornehmlich Abordnungen von Werkführern und Arbeitern bestimmter Berufsgruppen, ein, wie auch besondere Führung für Aufsichtsbeamte, Studiengesellschaften, Teilnehmer an Kursen der mannigfaltigsten Organisationen usw. veranstaltet werden. Ihrem Inhalt nach hat die Ausstellung im abgelaufenen Jahre erheblich an Umfang zugenommen. Abgesehen davon, daß zahlreiche Gegenstände, um die Ausstellung stets auf dem laufenden zu erhalten, gegen neuere Erfindungen und Konstruktionen ausgetauscht sind, ist die Zahl der Ausstellungsgegenstände um ein beträchtliches gewachsen; von über 1000 Ausstellern werden zurzeit 3500 Einzelobjekte zur Anschauung gebracht, darunter mehr als 1400 in originaler Ausführung. Von den Maschinen, an denen die Einrichtungen für Unfallverhütung angebracht sind, befinden sich die meisten in betriebsfähigem Zustand. Daneben bietet die Ausstellung eine reichhaltige Sammlung von Fachliteratur, gibt in Form der Auslage von Prospekten und Katalogen Auskunft über Bezugsquellen, veranstaltet in ihren Räumen Vorträge und Sonderausstellungen und bildet so ein vortreffliches Mittel zur Orientierung über alle Fragen des Arbeiterschutzes, so daß ihr Besuch und die Benützung ihrer

Einrichtungen interessierten Kreisen nicht dringend genug empfohlen werden kann.

Die Einführung gemeindlicher Arbeitslosenunterstützung steht in Offenbach a. M. in Aussicht. Eine Vorlage der dortigen Stadtverwaltung schlägt die Gewährung einer Vorunterstützung an unverschuldeten Arbeitslosen vom 6. Tage der Erwerbslosigkeit vor, die für Ledige 50 Pf., für Verheiratete 70 Pf. und pro Kind 15 Pf., höchstens aber 1,80 Mk. pro Tag betragen soll.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Zahlstelle Schwabach wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in dieser Zahlstelle ab 1. August 80 Pf. beträgt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 30. Wochenbeitrag für das Jahr 1913 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 3666 (Jugendl.) Hartmann Seigt, Holzarb., geb. 17. 10. 97 zu Dittersbach.
44090 Frig Steiner, Tschl., geb. 14. 9. 74 zu Grottkau.
44288 Karl Seidel, Tschl., geb. 1. 8. 75 zu Böhmischesdorf.
156116 Wilhelm Schödel, Tschl., geb. 19. 11. 73 zu Heiersum.
284369 Richard Winkler, Tschl., geb. 18. 4. 80 zu Breslau.
464792 Aug. Krause, Tschl., geb. 3. 12. 82 zu Rahmel.
466987 Aug. Fegner, Jurichter, geb. 17. 11. 82 zu Unterdeufflitten.
573899 Paul Kabs, Tschl., geb. 21. 8. 74 zu Oyherrenfurth.
575673 P. O. Uhlmann, Tschl., geb. 12. 3. 81 zu Laßlau.
597008 Theodor Schneider, Tschl., geb. 26. 9. 90 zu Adelsby.
Der lin SO. 16, Am Köllnischen Part 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Breslau. Am 13. Juli behandelte Kollege Kuntke in einer öffentlichen Versammlung „Die Lage der in der Schirmindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen“. War auch der Besuch der Versammlung nicht allzu stark, so konnten wir doch den einen Erfolg verzeichnen, die Seimarbeiterinnen aufgerüttelt zu haben.

Dortmund. Die am 12. Juli abgehaltene Monatsversammlung der Modelltischler erzielte sich eines recht guten Besuches. Sie beschäftigte sich unter anderem auch mit der Abhaltung einer Konferenz. Alle Kollegen äußerten sich dahin, daß vor der Reichskonferenz erst Bezirkskonferenzen stattfinden sollten, ungefähr jeder Gau, je nach Lage und Größe, in zwei oder drei Bezirke eingeteilt.

Hamburg. (Paritätischer Arbeitsnachweis.) Wochenbericht vom Sonnabend, den 12. Juli, bis Freitag, den 18. Juli 1913.

Table with 4 columns: Branchen, In d. Woche befestigte Arbeiterstellen, Am Wochenende vorhandene offene Arbeiterstellen, gemeldete Arbeitslose. Rows include: Baustischer inkl. Anschläger, Möbeltischler, Maschinenarbeiter, Polierer inkl. Beizer, Drechsler, Sonstige Branchen, Zusammen.

Hamburg. (Zur Gummidrehslerkonferenz.) Das Interesse der Kollegen an der hoffentlich bald stattfindenden Konferenz der Gummidrehsler scheint doch nicht so groß zu sein als es sein dürfte. Gerade die am schlechtesten gestellten Kollegen der chirurgischen Branche lassen wenig oder gar nichts von sich hören.

durch eine persönliche Aussprache wird man eher zum Ziele gelangen, als durch lange Schreibereien. Unumgänglich notwendig ist es, daß ein Beschluß herbeigeführt wird, in welchen Verband die Gummidrehsler gehören, denn durch die jetzige Zersplitterung in unsern Reihen ist ein einheitliches Vorgehen bald zur Unmöglichkeit gemacht.

Reubsdorf i. Erzgeb. In der hiesigen Holzindustrie sollte, nach Vereinbarungen vom Jahre 1911, ab 1. Juli dieses Jahres eine Arbeitszeitverkürzung von einer Stunde pro Woche nebst Lohnausgleich eintreten.

Neusalz a. Ober. Hier bestehen zwei Drechslerbetriebe, Leichert und Wachtel, deren billige Produkte in Tisch-, Schrank-, Bett- und Sofasüßen sowie Säulen aller Art, weit und breit bekannt sind.

Tüft. In der früher gut berufenen Möbelfabrik Schulz herrschen jetzt Umgangsformen, die man auf einem ostelbischen Gutshofe kaum unwürdiger findet.

Wörth a. N. Den christlichen Bezirksleiter Hed schmerzt es gewaltig, daß wir ihm einmal tüchtig auf die Finger geklopft haben. In seiner Wut sucht er sich nun an unserm Gauvorsitzer zu reiben und bekommt dabei auch einen kleinen Knall von Rotkoller.

Unsere Lohnbewegung.

- Auf Grund der abgeschlossenen Tarifverträge treten am 1. August d. J. nachfolgende Verbesserungen der Arbeitsbedingungen ein. In einigen Fällen gilt nicht der 1. August, sondern das besonders vermerkte Datum für das Inkrafttreten der Verbesserungen.
Erläuterung der Abkürzungen: Fa. = Firma, Arbzt. = wöchentliche Arbeitszeit, Lohn erh. = Aufschlag auf die bisher bezahlten Stundenlöhne, Mindestl. = Mindeststundenlöhne, Durchschn. = Durchschnittsstundenlöhne, Normall. = Normalstundenlöhne, Akkordt. = Akkordtarife.
Altenburg: Am 15. August Lohnerh. 1 Pf.
Bayreuth: Lohnerh. 1 Pf.
Böhm: Am 15. August Lohnerh. 1 Pf. Durchschnitt von 60 auf 61 Pf., für Maschinenarbeiter von 65 auf 66 Pf. Akkordt. entsprechend.
Breslau (Treppen- und Geländerbranche): Lohnerh. 3 Pf. Mindestl. entsprechend.
Detmold (Fa. Brandt, Leopoldsthal): Akkordt. 3 Proz.
Dortmund: Am 15. August Lohnerh. 1 Pf. Durchschnitt von 60 auf 61 Pf., für Maschinenschreiner von 65 auf 66 Pf. Akkordt. entsprechend.
Eilenburg: Lohnerh. 2 Pf. Akkordt. 3 Proz. Mindestl. von 43 auf 45 Pf.
Essen: Am 15. August Lohnerh. 1 Pf. Durchschnitt von 60 auf 61 Pf., für Maschinenarbeiter von 65 auf 66 Pf. Akkordt. entsprechend.
(F. Vorbeck): Am 15. August Lohnerh. 1 Pf. Durchschnittl. von 57 auf 58 Pf., für Maschinenschreiner von 62 auf 63 Pf. Akkordt. entsprechend.
Frankfurt a. M. (Oberursel): Lohnerh. 1 Pf. Mindestl. entsprechend.
Frankfurt a. O. (Fa. Dame u. Co.): Arbzt. in der Tischlerei auf 55 Std., in der Abteilung Fußbodenfabrikation auf 58 Std.
Fürstenwalde: Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. von 40 auf 51 Pf.
Glauchau (Fa. Dietrich, Wagenfabrik): Arbzt. von 59 auf 58 Std. Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. von 39 auf 40 Pf., für Gehilfen unter 21 Jahren von 34 auf 35 Pf.
Hagen: Am 15. August Lohnerh. 1 Pf. Durchschnittl. von 59 auf 60 Pf., für Maschinenschreiner von 64 auf 65 Pf. Akkordt. entsprechend.
Kolberg: Lohnerh. 1 Pf.
Malsin (Fa. Bremer): Arbzt. am 12. August von 58 1/2 auf 57 Std. Lohnerh. 1 Pf. Mindestl. von 36 auf 37 Pf.
Marxtraut: Arbzt. von 57 auf 56 Std. Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. von 47 auf 49 Pf., für Gehilfen unter 20 Jahren von 41 auf 43 Pf.
Meerane (Fa. Gust. Hornig): Arbzt. von 59 auf 58 Std. Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. von 39 auf 40 Pf., für Gehilfen unter 20 Jahren von 34 auf 35 Pf.
Mühlhausen i. Th.: Lohnerh. 1 Pf.
Priebus (Fa. Schmidt, Stbmöbelfabrik): Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. von 40 auf 42 Pf.
Riesa (Fa. Möbelindustrie): Lohnerh. 1 Pf. Mindestl. um 1 Pf. erhöht.
Schönheide (Fa. Friedrich in Eisenhof): Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. von 39 auf 41 Pf., für Gehilfen unter 20 Jahren von 34 auf 36 Pf.
Stolpen (Fa. Grötker, Parkettfabrik in Arnsdorf): Lohnerh. 1 Pf. Akkordt. 3 Proz.
Stuttgart (Modelltischler): Arbzt. von 55 auf 54 Std. Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. von 48 auf 49 Pf.
(Fa. Uppeler und Rieker): Arbzt. von 53 1/2 auf 53 Std. Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. für Maschinenarbeiter von 58 auf 60 Pf., für Rüstschreiner von 48 auf 50 Pf.
Vegeack (Vertrag für Kreis Blumenthal): Lohnerh. 1 Pf.

Die Lohnbewegung auf den Seeschiffswerften.

Die Bewegung auf den Seeschiffswerften hat einen überraschenden Verlauf genommen. In unserm vorwöchigen Bericht konnten wir mitteilen, daß die am Sonntag, den 13. Juli, in Hamburg tagende Konferenz der Werftarbeiter sich damit einverstanden erklärt hatte, daß die Zentralvorstände einen letzten Versuch zur friedlichen Erledigung der Bewegung unternehmen.

Zum mindesten bis zu diesem Termin hätten somit seitens der Arbeiter keinerlei Schritte unternommen werden dürfen. Um so überraschender war daher die Nachricht, daß schon am 14. Juli, unter völliger Mißachtung der Tags zuvor gefaßten Beschlüsse, die Arbeiter auf den Hamburger Werften die Arbeit einstellten.

Von diesem Beschluß wurde allen andern Werftorten sofort durch Zirkular Mitteilung gemacht und die beteiligten Arbeiter wurden dringend vor unüberlegten Schritten gewarnt.

Die nach der erfolgten Arbeitseinstellung am 17. Juli eingegangene Antwort der Norddeutschen Gruppe des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller auf das Schreiben der Zentralvorstände hatte folgenden Wortlaut:

„Ihr Schreiben vom 12. d. M., wonach Ihnen an einer friedlichen Erledigung der zur Verhandlung kommenden Angelegenheiten gelegen ist, steht im Widerspruch zu dem Vorgehen Ihrer Mitglieder, der Werftarbeiter, die, ohne unsere Antwort abzuwarten, in den Streik getreten sind, infolgedessen erachten wir Ihr Schreiben als gegenstandslos.“

Angeichts der so geschaffenen Situation traten die Vertreter der Zentralvorstände gemeinsam mit den Mitgliedern der Zentral-Werftkommission am 18. Juli zu neuen Beratungen zusammen. Das Ergebnis dieser mehrtägigen Konferenzen ist in der nachstehenden, unten in mit g beschlossenen Erklärung niedergelegt:

Die Arbeitseinstellung auf den Seeschiffswerften und die daran geknüpften Vermutungen veranlassen die Vorstände der auf den Seeschiffswerften vertretenen gewerkschaftlichen Zentralverbände zu folgender

Erklärung:

Die diesjährige Bewegung der Werftarbeiter wurde im Einverständnis mit den beteiligten Verbandsvorständen und den beteiligten Arbeitern eingeleitet. Es wurde eine aus Vertretern der Mitglieder an den einzelnen Werftorten bestehende Konferenz eingesetzt, die sowohl bei der ersten Einleitung, als auch im späteren Verlaufe der Bewegung zur regelmäßigen Beratung und Entscheidung herangezogen wurde. Die Konferenz und die Vorstände waren sich darüber vollkommen einig, daß ernstlich versucht werden müsse, die Bewegung auf friedlichem Wege durchzuführen und erst, wenn dieser Versuch gescheitert war, das Mittel des Streiks zur Anwendung gebracht werden sollte. Man wollte den Kampf nach Möglichkeit vermeiden, scheute ihn aber auch nicht.

Als die Verhandlungen zwischen einer aus verschiedenen Werftorten zusammengesetzten Verhandlungskommission der Arbeiter und den Werftbesitzern auf dem toten Punkt angelangt waren, nahmen die Verbandsvorstände zunächst unter sich, dann mit der Verhandlungskommission der Arbeiter (42 Vertreter aus den verschiedenen Berufen und Orten) zu der Angelegenheit Stellung. Man kam überein, daß nunmehr die Verbandsvorstände, als die verantwortlichen Instanzen der Verbände, der Norddeutschen Gruppe des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller Verhandlungen zwischen Vertretern der beiderseitigen Verbandseleitungen vorschlagen sollten, um auch das letzte Mittel zur Herbeiführung einer friedlichen Verständigung nicht unverzucht zu lassen.

Die am 13. Juli in Hamburg tagende Werftarbeiterkonferenz stimmte diesem Vorschlag mit fünf Stimmstellen Mehrheit der anwesenden Vertreter zu. Als Termin für die Antwort des Unternehmerverbandes wurde der 17. Juli bestimmt. Damit waren sowohl die Verbandsvorstände als auch die beteiligten Mitgliedschaften verpflichtet, die Wirkung der von den Vorständen eingeleiteten Aktion abzuwarten.

Aber schon am Montag, den 14. Juli, als die Unternehmerorganisation kaum im Besitz des Schriftstückes der Verbandsvorstände sein konnte, wurde zunächst auf der Werft von Blohm u. Voß in Hamburg die Arbeit niedergelegt, mit Ausnahme einiger Arbeitergruppen verschiedener Berufe, die unter Hinweis auf die Konferenzbeschlüsse von einem Streik abtraten. Diese Mahnungen wurden jedoch ebenso wie die der Organisationsleitungen in den Werften geschlagen, ein Werkstattdeligierte der Kesselschmiede erklärte sogar der Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes: „Wir wollen uns nicht mehr Sand in die Augen streuen lassen.“ Trotz ausdrücklicher Verwarnung dieser Körperschaft trat ein Teil der Arbeiter von Blohm u. Voß und die gesamten Arbeiter der Vulkanwerft, Hamburg, in den Streik ein. Andern Tags ruhte die Arbeit auf den Hamburger Werften fast vollständig. Unmittelbar nach der Arbeitsniederlegung in Hamburg erfolgte eine solche des Schiffbauers in Flensburg und am Mittwoch früh die der Werft in Stettin sowie der übrigen Abteilungen der Werft in Flensburg. In Stettin hatten örtliche Verhandlungen stattgefunden und sollten am Donnerstag, den 17. ds., fortgesetzt werden. Die Arbeitsniederlegung erfolgte hier also noch während der Verhandlungen.

Dies der Sachverhalt. Die Stellung der Verbandsvorstände ist hiernach gegeben. Die Statuten aller gewerkschaftlichen Zentralverbände machen nicht etwa zufällig, sondern aus zwingenden Gründen, Arbeitsniederlegungen von der Genehmigung der Vorstände abhängig. Eine solche Genehmigung war nicht erteilt, konnte auch, so lange die Verhandlungen nicht endgültig abgebrochen waren, nicht erteilt werden. Die Statuten der gewerkschaftlichen Zentralverbände verweigern ihren Mitgliedern in allen Fällen den Streik ohne Genehmigung der Vorstände eingeleitet werden, die Unterstützung. Nach den Satzungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, um dessen Mitglieder es sich bei den Arbeitsniederlegungen in erster Linie handelt, werden die Mitglieder in solchen Fällen auf die Unterstützung.

Mit solchen statutarischen Vorschriften müssen sich auch die Vorstände abfinden. Die Vorstände können aber auch nachträglich ihre Genehmigung nicht erteilen, weil das Vorgehen der genannten Mitglieder die im ausdrücklichen Einverständnis mit der Werftarbeiterkonferenz festgelegte Politik über den Haufen wirft und dadurch die Absicht der Unternehmer, die Verantwortung für einen etwa entstehenden Kampf den beteiligten Arbeiterorganisationen in die Schuhe zu schieben, unterstützt. Die Vorstände können auch

nicht dulden, daß ohne vorherige Abstimmung der in Betracht kommenden Mitglieder Streiks inszeniert und wohl vorbereitete Bewegungen durch solche Rutsche in Frage gestellt werden. Sie können nicht zulassen, daß ein Teil unbemerkter Mitglieder die besonnenen, ruhig abwägenden Entscheidungen beraubt. Sie dürfen sich nicht selbst außerhalb des Statuts stellen, auch dann nicht, wenn die Zahl der Mitglieder, die das tun, eine große ist.

Durch das Verschulden dieser Mitglieder ist die Bewegung schon jetzt auf einem Punkte angelangt, wo sie zu einem erfolgreichen Ende nicht geführt werden kann.

Aus diesem Grunde können die Vorstände eine Verantwortung für den Ausgang der Bewegung nicht übernehmen, solange wie die wilden Streiks bestehen, und solange wie seitens der Mitglieder gegen die Beschlüsse der eigenen Vertreter verstoßen wird.

Die Vorstände dürfen von der organisierten Arbeiterschaft wohl eine objektive Würdigung ihrer Stellung, von den eigenen Mitgliedern aber Achtung vor den selbstgegebenen Gesetzen erwarten.

Hamburg, den 21. Juli 1913.

- Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.
- Der Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.
- Der Vorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter.
- Der Vorstand des Verbandes der Maschinisten und Heizer.
- Der Vorstand des Verbandes der Kupferschmiede.
- Der Vorstand des Verbandes der Schiffszimmerer.
- Der Vorstand des Verbandes der Maler und Lackierer.

In Bamberg befinden sich seit 14. Juli die Schreiner, Drechsler, Polierer und Maschinenarbeiter, zusammen 72 Kollegen, der „Möbelindustrie“ (Gustav Bert) im Streik. Die Ursache ist, daß die Fabrikleitung in den letzten Wochen leidge, zugereiste Arbeiter einstellte, während Familienväter die seit langen Jahren in der Fabrik zur Zufriedenheit tätig sind, entlassen wurden. So wurde bereits am 11. Juli ein Arbeiter und am 12. zwei weitere entlassen; denen zugleich mitgeteilt wurde, daß weitere Entlassungen unserer Kollegen in den kommenden Wochen folgen. Das schlug dem Fasse den Boden aus. Unsere Kollegen betrachteten diese Maßnahmen als Maßregeln und forderten, daß, wenn Arbeitsmangel vorliege, entsprechend der allgemeinen Praxis, entweder vertilgt gearbeitet werde oder sonst die zuletzt eingestellten zuerst zur Entlassung kämen. Nachträglich stellt sich nun heraus, daß die Sache von den bekannten Musterchristen in Szene gesetzt wurde, um ihre Leute unterzubringen. Die christlichen Streikbrecher versuchen auch alles, den Betrieb aufrecht zu erhalten. Die Einigkeit und der Opfermut der Streikenden wird dafür sorgen, daß sie damit kein Glück haben.

In Berlin stehen die Parkettleger seit vielen Wochen in Verhandlungen mit dem Generalvertreter der Parkettfabrik Heher in Weimar, der Firma W. u. F. Warnebold, um die Einhaltung der Berliner Arbeitsbedingungen beim Neubau des Warenhauses Wertheim am Mohrenplatz zu erreichen. Dort sind insgesamt 20 000 Quadratmeter Parkettboden zu verlegen, wobei die Arbeiter nur pro Quadratmeter 75 Pf. Legerlohn erhalten. Die Herren Warnebold haben zwar vor einiger Zeit mitgeteilt, daß die beiden Heferschen Zwischenmeister 1.15 Mk. bekommen, doch ruht dies den Parkettlegern nichts. Diese erhalten vielmehr sogar für den großen Posten 30 Millimeter starken Boden nur den genannten niedrigen Preis. Jetzt kommt aber noch erschwerend dazu, daß die Leger zweiklassige Ware verlegen müssen, während erstklassige geliefert werden soll. Um diesen Materialmangel zu verdecken, muß viel mehr fortiziert werden, als sonst nötig wäre, und auch damit ist natürlich das bessere Holz nicht zu ersetzen. Als einen weiteren Mißstand empfinden es die Kollegen, daß sie Sonnabends erst aus dem Südosten Berlins bis nach der Wohnung des einen Zwischenmeisters in Charlottenburg pilgern müssen, um ihren wohlverdienten Lohn zu empfangen. Dort zieht sich dann die Lohnzahlung noch bis 12 oder gar 8 Uhr abends hin. Die Verhandlungen mit dem Generalvertreter haben bisher zu keinem Ergebnis geführt, auch das Anrufen des Chefs des Warenhauses Wertheim brachte bisher keine Besserung. Zunächst soll noch einmal der Versuch mit einer Verhandlung gemacht werden.

In Bernburg hat sich in dem schon seit dem 7. Juni währenden Streik eine Aenderung in letzter Zeit insofern ergeben, als sich die Tischler- und Glasermeister eine Anzahl Streikbrecher aus Berlin geholt haben. Der Kazmarek hatte sich ihnen als Helfer angeboten, aber der war ihnen zu teuer. Unter Tischlermeister Otto Kollfink (dem Bernburger Vorsitzenden des Schuhverbandes) erließen sie den Ruf nach „unorganisierten“ Streikbrechern in der Berliner „Volkszeitung“. So behaupten sie wenigstens öffentlich. Aber ihre Leute haben sie mehr auf ein Interat in der Berliner „Morgenpost“ hin gemacht, worin die Bedingung des Unorganisiertseins fehlte und als Vermittler die Mechanische Werkstat von Erich Kollfink, Berlin S., Schönleinstr. 9, angegeben war. Am 9. Juli machten sich Herr Kollfink sen. und der Fabrikant Näder in eigener Person zu Transporten der gekaperten 16 Mann. Ein Teil davon ist inzwischen schon wieder ausgerückt und mit den andern sind sie ihrem Ziele, die Streikenden einzufächtern und zur Nachgiebigkeit zu stimmen, auch noch keinen Schritt näher gekommen. Neuerdings sucht nun die Firma Krebs u. Näder in Hamburger Blättern Streikbrecher. Die Kollegen werden deshalb ersucht, Obacht zu geben und den Zuzug von Tischlern, Glasern, Polierern und Maschinenarbeitern von Bernburg fernzuhalten.

In Bromberg sind die Küchenmöbel- und Bautischler der Firma Paul Böhm in den Streik getreten, um den Bromberger Tarif, der nun endlich von den Unternehmern unterzeichnet worden ist, zur Geltung zu bringen. Um dieses Ziel zu erreichen, haben sie die Schneidemühlener gleich mitgenommen, so daß nun der ganze Streik ruht. Die niedrigen Löhne dieser Firma haben auch ein gut Teil mit beigetragen, daß es uns so schwer wurde, mit den andern Unternehmern unsern Vertrag abzuschließen. Da die Firma zu den Kasernen, die in der Dismark gebaut werden, Aufträge bekommen hat, dürfte der Streik nicht lange dauern.

In Bromberg sind die Küchenmöbel- und Bautischler der Firma Paul Böhm in den Streik getreten, um den Bromberger Tarif, der nun endlich von den Unternehmern unterzeichnet worden ist, zur Geltung zu bringen. Um dieses Ziel zu erreichen, haben sie die Schneidemühlener gleich mitgenommen, so daß nun der ganze Streik ruht. Die niedrigen Löhne dieser Firma haben auch ein gut Teil mit beigetragen, daß es uns so schwer wurde, mit den andern Unternehmern unsern Vertrag abzuschließen. Da die Firma zu den Kasernen, die in der Dismark gebaut werden, Aufträge bekommen hat, dürfte der Streik nicht lange dauern.

In Burg bei Magdeburg befinden sich seit 17. Juli in der G. o. l. d. u. n. b. o. l. i. t. u. r. l. e. i. s. t. e. n. s. a. b. r. i. k. von Wattenberg u. Co. sämtliche Kollegen im Ausstand. Im Jahre 1908 geriet das Geschäft in Konkurs. Vorher war statt des bisherigen Lohnsystems das Akkordsystem eingeführt worden. Als nach Beendigung des Konkurses der Betrieb wieder eröffnet wurde, wurde wieder in Lohn gearbeitet, allerdings zu ganz ungeheuerlich reduzierten Löhnen. Infolge der langen Arbeitslosigkeit, die die Kollegen hatten durchmachen müssen, fügten sie sich damals dem Drucke. Im Jahre 1910 gelang es alsdann, zwar nach 14tägigem Streik, neben der Verkürzung der Arbeitszeit von 60 auf 54 Stunden wöchentlich in etwas die Erhöhung der Löhne zu erreichen, aber keineswegs soviel, wie notwendig war. Der Stundenlohn der Kollegen, ausschließlich der Jugendlichen und Lehrlinge, befindet sich deswegen zurzeit noch auf der unglaublich niedrigen Stufe von 40 1/2 Pf. pro Stunde im Durchschnitt, und der der Kolleginnen auf 16 1/2 Pf. Am 7. Juli reichten deswegen die Kollegen die Forderung auf 4 Pf. Lohnerhöhung für sofort ein, und 3 Pf. sowie eine Stunde Arbeitszeitverkürzung pro Woche zum 1. Oktober 1914. Die Firma antwortete hierauf mit dem Vorschlag, wiederum die Akkordarbeit einzuführen. Unter viel Worten und allerhand leeren Zusicherungen stellte sie den Kollegen einen erheblichen Wochenverdienst in Aussicht, aber die Grundlage hierfür durch Einführung und feste Regelung der Stundenlöhne zu schaffen sowie die Löhne der Lohnarbeiter im besonderen aufzubessern, lehnte sie strikte ab. Mit der bisherigen Praxis der Willkür und der leeren Worte muß ein Ende gemacht werden. Deswegen werden alle Kollegen ersucht, Burg zu meiden und etwaige Praktiken der Firma bezüglich der Beschaffung von Streikarbeit, insbesondere aus Berlin, Köln und Hamburg, entsprechend zu begegnen.

In Deutschneudorf dauert der Streik bei der Firma Lindner u. Heymann unverändert fort. Die Firma hat eine Notiz in den „Erzgebirgischen General-Anzeiger“ lanciert, wonach der Streik beendet und der Betrieb mit neuen und zahlreichen Arbeitern aus den Reihen der Streikenden aufgenommen sei. Der Firma wäre es sehr angenehm, wenn ihre Behauptung wahr wäre. In Wirklichkeit sind während der bisher zehnwöchigen Dauer des Streiks von den etwa 100 Streikenden nur vier abtrünnig geworden, und die sonstigen Streikbrecher, welche die Firma gefunden hat, machen ihr mehr Schaden wie Nutzen. Der Streik dauert also fort und ist der Zugang auch weiterhin fernzuhalten.

In Leipzig dauert der Streit der Modellistiker und Drechsler unverändert fort. In einer Anzahl Maschinenfabriken haben die Kollegen gleichfalls die Arbeit niedergelegt. Die Arbeitgeber sind eifrig bemüht, die notwendige Arbeit in anderen Orten anfertigen zu lassen, und mit demselben Eifer versuchen sie, Arbeitswillige anzuwerben. Die Agentur für die Arbeitswilligenwerbung hat die Firma Scholz u. Co. in Leipzig-Lindenau übernommen. Diese Firma sucht in mehreren Zeitungen, insbesondere aber im „Berg- und Hüttenanzeiger“, Modellistiker, welche als „Kolonnenführer“ mit vierwöchiger Kündigung eingestellt werden sollen. Mit diesem Lockmittel sollen den Kollegen nur die Arbeitswilligendienstschmachhaft gemacht werden, denn die Firma hat in ihrem Betriebe drei Meister und etwa sechs arbeitswillige stehengebliebene „Kolonnenführer“, die auch mit Kündigung angestellt sind. 50 Kollegen sind in diesem Betriebe in den Streik getreten, so daß für die vorhandenen „Führer“ keine Arbeiter zur Verfügung stehen. Es sind schon eine Anzahl Kollegen auf diese Annoncen herein gefallen. Die meisten haben es jedoch abgelehnt, dort anzufangen, nachdem sie ersehen haben, daß sie nur als Arbeitswillige verwendet werden sollten. Ein Modellistiker H. Wolf aus Chemnitz hat es jedoch nicht über sich gebracht, auf diese Stelle zu verzichten. Wahrnehmungen bezüglich der Arbeitswilligenwerbung mögen die Kollegen sofort der hiesigen Verwaltung mitteilen.

In Löditz bei Stettin dauert der Streik der Tischler und Maschinenarbeiter bei C. A. Schmidt u. Co. jetzt bereits 15 Wochen. Der Kampf dreht sich in der Hauptsache um eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit unter 60 Stunden. Was die Firma bisher hartnäckig ablehnte, hat nun aber doch in Löditz Eingang gefunden. Es ist uns jetzt gelungen, in den übrigen Tischlereien dieses Ortes die wöchentliche Arbeitszeit ohne Kampf von 60 auf 57 Stunden zu verkürzen. Die Firma C. A. Schmidt versucht vorläufig noch, ihren Betrieb mit Arbeitswilligen aus Hamburg aufrecht zu halten. Die Streikenden sind längst anderweitig untergebracht. Der Betrieb bleibt jedoch solange gesperrt, bis die Forderungen bewilligt sind.

In Ratel (Neße) dauert der Streik der Schneidemühlener Arbeiter fort. Die Hingegardisten, von deren Ankunft wir berichteten, haben sich am 7. Juli so untereinander verprügelt, daß einer ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Vier andere sind von den Gendarmen gefesselt und ins Gefängnis abgeliefert worden. Bei einem hat sich ergeben, daß er unter falschem Namen sein sauberes Handwerk ausübt. Auch andere noble Passionen kommen auf ihre Rechnung. Im Coff, der wohl das Motiv zu vorstehender Rauferei gewesen ist, haben sie dann noch etwa 150 leere Bierflaschen und das Mittagessen durchs Fenster auf den Hof geworfen. Ferner sind eine Reihe Fensterscheiben eingeworfen worden. Wenn es so weiter geht, haben sie sicher bald ausgespielt.

In Reichenheim sind die bestreikten Pinselfabrikanten jetzt dem Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe beigetreten. Aus dieser Mitgliedschaft glauben sie nun ein Anrecht auf einen sechsjährigen Tarifvertrag folgern zu sollen, wobei sie natürlich Zugeständnisse nur ganz minimaler Art machen möchten. Beides wird ihnen nicht gelingen. Es kann ihnen dabei auch nichts nutzen, daß sie bereits zugestandene Arbeitszeitverkürzungen und Mindestlöhne jetzt zurückziehen. Die Pinselmacher und -macherinnen werden nur Vereinbarungen zustimmen, die ihren Forderungen gerecht werden.

In Reichenheim wurde mit der Bürstenfabrik von D. Steubis u. Co. in Firma D. Prudner, ein neuer bis 1. Juni 1915 gültiger Akkordtarif vereinbart, nach welchem die bisher bezahlten Akkordsätze für sämtliche Sparten bis zu zehn Prozent erhöht werden. Die Arbeitszeit ist auf 54 1/2 Stunden festgelegt.

In Stegoborf bei Traunstein erreichten die Schreiner durch einmütiges Vorgehen in zwei Werkstätten die Herabsetzung der bisherigen Arbeitszeit von 68 auf 59 Stunden. Die Löhne wurden um 5 Mk. pro Woche erhöht und werden Ueberstunden künftig mit 10 Pf. sowie Arbeiten außerhalb der Werkstätten mit 5 Pf. Zuschlag pro Stunde entschädigt.

Ausland.

In Pilsen in Böhmen dauert der Streik der Modelltischler der Skodawerke fort. Die Betriebsleitung versucht immer wieder, ihre Modelle in Deutschland unterzubringen. Nachdem unsere Kollegen in einigen sächsischen Betrieben die Anfertigung dieser Arbeiten unmöglich gemacht haben, hat sie jüngst solche aus dem Hannoverischen bezogen. Die Kollegen werden deshalb gebeten, überall auf die Anfertigung von Streikarbeit für Pilsen zu achten.

Aus der Holzindustrie.

Vom Verband der Modellfabrikanten.

Der Verband der Modellfabrikanten Deutschlands hat sich konstituiert und Herrn Walther-Walther in Hamburg zum ersten und Herrn Moldenhauer-Berlin zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Dem Vorstand gehören weiter an die Herren Kärger- und Haffe-Berlin, Heß-Dresden, Steinhof-Leipzig, Sander-Halle, Kowalski-Düsseldorf, Häusler-München, Rühl-Magdeburg, Schulze-Döhlen, Merzig-Berlin und Welz-Leipzig. Als Verbandsorgan wurde die „Giecherei-Praxis“ in Dresden bestimmt.

In der gleichen Nummer dieses Blattes, die einen gedrängten Bericht von der Gründungsversammlung in Halle enthält, läßt auch der neugeborene Verbandsvorsitzende eine Notiz los, in welcher der „Holzarbeiter-Zeitung“ unehrliche Kampfesweise vorgeworfen wird, weil wir die Zustände in seinem Betrieb ein wenig charakterisiert haben. Herr Walther will es nicht wahr haben, daß sein Betrieb ein Laubenschlag ist. Mögen deshalb Zahlen sprechen: Ende Juni und Ende Dezember vorigen Jahres waren in dem Betrieb je zehn Modelltischler und zwei Drechsler beschäftigt; zurzeit sind es fünf Modelltischler und ein Drechsler. In der Zeit vom 12. August 1912 bis Ende April 1913 sind aber in dem Betrieb 55 Kollegen in Arbeit getreten und 56 haben aufgehört!

In diesem kolossalen Wechsel tragen aber nicht, wie Herr Walther es hinzustellen beliebt, „einige Holzler“ Schuld; die schlechte Behandlung, die niedrige Entlohnung und die Untertreibung bewirken, daß die Kollegen, die in der Bude angefangen haben, sobald als möglich wieder verschwinden. Als schwarzen Mann, mit dem seine Leute hinausgegrault werden, hat Herr Walther eine Anzahl Kesselflopper entdeckt, die man „den Modelltischlern, die sich nicht wie Herdenvieh behandeln lassen wollen, auf den Hals schiden will“. Diese Kesselflopper sind lediglich ein Produkt der sehr lebhaften Phantasie des Herrn Walther, ebenso wie die 36 bis 40 Arbeiter, die er angeblich bei flottem Geschäftsgang beschäftigt hat.

Weg Geistes Kind der Herr Walther ist, ergibt sich deutlich aus der Geschäftsempfehlung, die er im Juni dieses Jahres verfaßt hat. Das interessante Dokument hat folgenden Wortlaut:

„Seit einiger Zeit habe ich mir einen Stamm unorganisierter Leute für meinen Betrieb herangezogen, respektive deren Austritt aus der sozialdemokratischen Gewerkschaft veranlaßt durch ein festes Akkordsystem.“

Da es nur möglich ist, die Macht dieser Gewerkschaft zu brechen, indem man einen Keil dazwischen treibt, muß andererseits auch den nicht- oder den nationalorganisierten Gesellen dauernde Arbeit geboten werden, damit diese Leute nicht immer wieder den Hezereien der sozialdemokratischen Partei ausgesetzt werden. Zurzeit liegen für meinen Betrieb so wenig Aufträge vor, daß ich gezwungen bin, selbst die Leute zu entlassen, mit denen man auch bei einem Streik rechnen kann.

Ich wäre Ihnen deshalb sehr dankbar, wenn Sie mir einige Arbeiten übertragen könnten, zumal Ihnen bekannt ist, daß ich selbst die größten Arbeiten in einer ganz kurzen Zeit und in guter Ausführung geliefert habe. Auch dürfte Ihnen kein Nachteil, sondern eher ein Vorteil daraus erwachsen, der darin besteht, daß unsere Arbeiten nicht teurer, sehr oft aber billiger geliefert werden können. Auch wird Ihr eigener Betrieb entlastet und es wird Ihnen möglich, die unerhörten Akkordforderungen herabzudrücken, sobald ständig ein Teil Arbeit in Modellfabriken hergestellt wird.

Auch ist es ratsam, daß Sie schon jetzt die Arbeiter abholen, die bei einem eventuellen Streik keinen Aufschub erleiden dürfen.

Indem ich Ihre geistigsten Aufträge gern erwarte, empfehle ich mich hochachtungsvoll

Max H. Walther, Modellfabrikant.

Eines Kommentars bedarf dieses Schreiben nicht. Die Tatsache aber, daß dieser Walther Vorsitzender des Verbandes der Modelltischler ist, zeigt den Modelltischlern, was sie von dieser Organisation zu erwarten haben. Nur durch kräftigen Zusammenhalt der Arbeiter lassen sich dem Uebermut der Unternehmer Jügel anlegen.

Wo liegt die Entrüstung der Hirsche? Die „Berliner Volkszeitung“ wird gern von gewissen verkommenen Genies unter der Arbeiterführung in Ansehen genommen. Lieberwill man sie ihre Spalten allen denen, die an den Einrichtungen ihrer Organisation etwas auszusetzen haben, und die Brandwahrung von Terrorismusfällen, die ihr zugezogen werden, betrachtet sie als ihre besondere Spezialität. Wenn ein Unorganisierter von seinen Nebenarbeitern zum Beitritt in die Organisation aufgefordert wird, dann braucht er sich nur an die „Volkszeitung“ zu wenden, dort wird seinem Bedauern, sich dem Zwang der Organisation zu entziehen, volles Verständnis entgegengebracht. Jedemal aber, wenn der Hirsche eines solchen verkommenen Genies in der „Volks-

zeitung“ erscheint, stellt sich auch die Hirsch-Dundersche Presse ein, um der grauslichen Terrorismusgeschichte durch Nachdruck eine weitere Verbreitung zu geben.

Nun ist den guten Hirschen ein kleines Malheur passiert; in ihrer Nummer vom 29. Juni hat die „Volkszeitung“ ihre Spalten auch einem braven Unorganisierten geöffnet, der sich bitterlich über den Terrorismus beschwert, mit dem er von den Hirsch-Dunderschen Gewerkvereiner in dem Betrieb verfolgt wurde, in dem er angefangen hatte, und den er wieder verlassen muß, weil er als „Freund freier Willensbestimmung“ sich nicht zum Beitritt in den Gewerkverein zwingen lassen will. Ja, der arme Terrorisierte sagt sogar, daß von den freien Gewerkschaften niemals versucht worden sei, ihn auf diese Art und Weise in den Verband zu zwingen.

Von diesem Notleidenden hat die sonst für solche Dinge so hellhörige Gewerkschaftspresse noch mit keiner Silbe Notiz genommen. Die Redaktion der „Volkszeitung“ hat zwar der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Zeitung der Gewerkschaften es an einer alsbaldigen Erklärung nicht fehlen lassen wird, aber der „Gewerkverein“ hat bisher nichts dergleichen gebracht, und auch die übrige Gewerkschaftspresse verhält sich schweigsam, allerdings nur diesem Fall gegenüber, wo der Vorwurf, Terrorismus geübt zu haben, den Hirschen gemacht wird. Im übrigen aber wird in der Presse der Hirsche die Terrorismustrumpete lustig weiter geblasen. Die „Eiche“, das Organ der Hirsch-Dunderschen Holzarbeiter, widmet in ihrer neuesten Nummer diesem interessanten Thema sogar nahezu vier Spalten.

Auf die einzelnen Terrorismusgeschichten einzugehen ist nicht notwendig, wir haben unsere Meinung darüber schon des öftern geäußert. Wir machen auch den Hirschen aus der Anklage auf Terrorismus, die in der „Volkszeitung“ gegen sie erhoben wurde, keinen Vorwurf. Die Empfindlichkeit der „Freunde freier Willensbestimmung“ rührt uns nicht im geringsten, denn wir betrachten es als eine Pflicht der organisierten Kollegen, darauf zu achten, daß Neuanfänger der Organisation zugeführt werden, wobei wir es allerdings nicht billigen, daß bei solchen Gelegenheiten der Konkurrenzkampf zwischen den Organisationen ausgefochten wird. Es ist jedoch eine feststehende Tatsache, daß die kleinen Konkurrenzorganisationen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes in dieser Beziehung reichlich Dreck am Stecken haben. Deshalb dürften sie etwas mehr als seither das Sprichwort beherrigen: „Wer im Glashaufe sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.“

Wie die brandenburgischen Tischlerinnungen das Handwerk haben. Ueber den am 18. und 19. Mai in Templin abgehaltenen Verbandstag Brandenburgischer Tischlerinnungen bringt die „Fachzeitung“ mit reichlicher Verspätung einen längeren Bericht, in welchem uns eine Stelle interessiert. Auf der Tagesordnung stand u. a. das aktuelle Thema: Arbeiter-Schutzverband und Innungen, wozu Obermeister Eckert-Mentkoll als Referent vorgelesen war, der aber infolge Krankheit nicht erscheinen konnte. Für ihn sprang Barthelmeus-Brandenburg ein. Ueber diesen heißt es in dem Bericht der „Fachzeitung“: „Derselbe sprach nicht sowohl zu diesem Thema, als vielmehr über die Tarifverhandlungen des letzten Frühjahrs und den am Ausgang derselben abgeschlossenen Vertrag, also über Angelegenheiten, die im Grunde vor den Arbeitgeber-Schutzverband und dessen Generalversammlung gehören, und zwar in einer gegen diesen Verband sehr aggressiven Weise.“

Also Herr Barthelmeus hat zu dem Thema nicht gesprochen was Herr Eckert sagen wollte, weiß man nicht, aber dieser Herr hat eine Resolution zusammengebaut, die, weil sie nun einmal da war, einstimmig angenommen wurde. Von dem Verhältnis zwischen Arbeitgeber-Schutzverband und Innungen ist in der Resolution zwar auch keine Rede, aber sonst ist sie ein gar köstlich Ding, weshalb wir das Opus nachstehend im Wortlaut abdrucken:

„Der heute am 19. Mai 1913 in Templin versammelte Bezirkstag Brandenburgischer Tischler-Innungen beschließt folgendes: Zum Zweck der Herbeiführung eines dauernd gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen ist es notwendig, daß alle Innungen sich zusammenschließen und gemeinsam die Regelung der Arbeitsverhältnisse, insbesondere der Arbeitsvermittlung, Arbeitszeit und Arbeitslöhne anstreben. Eine wirksame Förderung dieser Aufgaben der Innungen ist nur zu erreichen, wenn der auf diesem Gebiete herrschende, alle Beteiligten schädigende parteipolitische Einfluß beseitigt wird. Die Erreichung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen, Arbeitgebern und Arbeitnehmern wird jedoch nur möglich werden, wenn die bestehenden Faktoren endlich die unhaltbaren Zustände auf allen gewerblichen Gebieten durch ein wirksames Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen beseitigen. Der Vorstand des Bezirksverbandes wird beauftragt, bei dem Bund Deutscher Tischlerinnungen dahin zu wirken, daß ein einheitliches Vorgehen in diesem Sinne herbeigeführt wird.“

Man muß diese Resolution aufmerksam lesen, um ihre Schönheiten richtig zu würdigen. Schon die Logik ist köstlich, mit welcher die Gedanken aneinandergereiht sind. Um ein gedeihliches Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen herbeizuführen, müssen sich — die Innungen zusammenschließen. Dann muß der auf diesem Gebiete herrschende parteipolitische Einfluß beseitigt werden. Auf welchem Gebiet herrscht nun der zu bekämpfende parteipolitische Einfluß? Auf dem Gebiete der Innungen oder dem der gemeinsamen Regelung der Arbeitsverhältnisse? Bleibt es so dunkel, was der Herr Obermeister eigentlich sagen wollte, so wirft der letzte Satz das erforderliche Licht auf seine Absichten. Er will ein Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen, und um diesen Wunsch auszusprechen, hat er die traurige Resolution zu dem Thema Arbeitgeber-Schutzverband und Innungen verfaßt. Wegen dieser Forderungen wollen wir mit dem Meister Eckert nicht rechten. Der gesetzliche Schutz der Streikbrecher ist eine Materie, an der sich Leute die Zähne ausbeißten, die noch viel schlauer sind, als der Rixdorfer Obermeister. Uebrigens ist Herr Eckert ein großer Stern am Innungshimmel. Seine Resolution und ihre einstimmige Annahme läßt daher einen Schluß auf die Qualität der Leute zu, die sich in der Innungsbewegung breit machen. Wir wollen sie aber gewähren lassen; die wackeren Innungsmänner werden das Handwerk schon haben.

Die Konkurrenz der Gefängnisarbeit spielt für verschiedene Branchen der Holzindustrie, insbesondere für die Bürsten- und die Korbmacherei, aber auch für andre Zweige des Holzgewerbes eine bedeutende Rolle. Von den beteiligten Unternehmerverbänden ist schon des öftern petitioniert worden; die Parlamente haben sich mit dem Gegenstand beschäftigt und von der Regierung sind entgegenkommende Zusicherungen gegeben worden, eine durchgreifende Besserung ist aber nicht eingetreten. In neuerer Zeit ist man dazu übergegangen, Gefangene mit der Aufarbeitung des Altmaterials der Militärverwaltung zu beschäftigen, aber nach wie vor wird über die Konkurrenz geklagt, welche der Privatindustrie durch die Gefängnisarbeit bereitet wird. Es läßt sich nicht bestreiten, daß das Problem der Beschäftigung der Gefängnisinsassen unter voller Wahrung der Interessen der Privatindustrie recht schwer zu lösen ist; man bekommt aber immer wieder den Eindruck, als ob die Behörden die Dinge nicht mit dem erforderlichen Interesse behandeln.

Zu den Berufszweigen, die schwer unter der Gefängnis Konkurrenz leiden, gehört auch die Stuhlindustrie. Es ist leicht zu begreifen, daß die Unternehmer, welche die billige Arbeitskraft der Gefangenen gepachtet haben, den Fabrikanten gegenüber, welche die Arbeit nur im eigenen Betrieb herstellen lassen, bedeutend im Vorteil sind. Auch die Arbeiter sind hierbei lebhaft interessiert, wird doch durch die Gefängnis Konkurrenz ein empfindlicher Druck auf die Löhne ausgeübt und die Versuche der Arbeiter, besonders in der Massenfabrikation, ihre Lage zu verbessern, sind durch diese Konkurrenz bedeutend erschwert. Wie wir dem „Berliner Tageblatt“ entnehmen, haben sich die unter der Gefängnis Konkurrenz leidenden Fabrikanten mit einer Eingabe an den preussischen Minister des Innern gewandt. Darauf hat der Minister geantwortet, daß die angestellten Ermittlungen ergeben hätten, die Stuhlindustrie würde durch die Konkurrenz der Gefangenenarbeit in keiner Weise geschädigt. Vielmehr seien die Preise, die die mit Gefangenen arbeitenden Unternehmerfirmen für fertige Waren fordern, fast ausnahmslos höher als die von anderer Seite verlangten.

Hierzu bemerkt die, offenbar aus den Kreisen der beteiligten Fabrikanten stammende Zuschrift an das genannte Blatt: „Diese Antwort des Ministers scheint aber nur formell richtig zu sein. Denn die mit Gefangenen arbeitenden Unternehmer verkaufen wohl die in den Strafanstalten hergestellten Waren nicht billiger als andre Fabriken die entsprechenden Stühle, sie sind aber infolge des höheren Gewinnes bei diesen Produkten in der Lage, die in der eigenen Fabrik hergestellten Stühle mit weit geringerem Gewinnaufschlag abzugeben. Die schwere Konkurrenz der mit Gefangenen arbeitenden Unternehmungen hat in der Stuhlfabrikation bereits dahin geführt, daß an Stelle der teuren männlichen Arbeitskraft zu einem großen Teil Frauenarbeit getreten ist. Ein gewerblicher Nachwuchs ist in diesem Geschäftszweig sehr schwer zu erhalten, was seinen Grund hauptsächlich in der niedrigen Lohnhöhe hat. Es wäre angebracht, daß die maßgebenden Stellen sich einmal etwas näher mit der Frage der durch die Gefängnisse in der Stuhlindustrie hervorgerufenen Konkurrenz beschäftigen würden und eine Antwort suchten, wie diesem Uebelstande abzuwehren wäre.“

Das ist ein Wunsch, dem auch wir uns gern anschließen. Der Umstand, daß selbst die Fabrikanten auf die niedrigen Arbeitslöhne in der Stuhlindustrie hinweisen, beweist zur Genüge, wie schlimm es damit bereits geworden ist.

Schirmmacher werden nach der Schweiz verlangt. Die Züricher Ortsverwaltung des Schweizer Holzarbeiter-Verbandes teilt uns mit, daß einige Stellen in Detailgeschäften zu besetzen sind. Schirmmacher, welche darauf reflektieren, sollen sich an den Kollegen Albert Göhrig, Zürich V., Fabrikstraße 28, wenden. Dieser führt den Zentralarbeitsnachweis der Branche.

Gewerkschaftliches.

Militärische Mobilmachung im Dienste eines vertragsbrüchigen Unternehmers.

In der elsässischen Arbeiterstadt Mühlhausen haben sich kürzlich Vorgänge abgepielt, die lebhaft an die Mobilisierungs-Polizeischlachten erinnern. Am 9. Juni haben 150 Erdarbeiter bei der Tiefbau-Aktiengesellschaft Julius Berger, deren Sitz Berlin ist, die Arbeit eingestellt. Die Firma hatte in Mühlhausen umfangreiche Erdarbeiten für die Verwaltung der Reichseisenbahnen auszuführen, weigerte sich aber, die tariflichen Bedingungen zu erfüllen. Der Tarifvertrag für das deutsche Baugewerbe, dem die Firma untersteht, sieht für Mühlhausen i. El. einen Lohn von 56 Pf. vor, die Firma zahlte aber nur 39 bis 42 Pf. Als die Arbeit eingestellt war, bemühte sich die Firma Streikbrecher heranzuziehen, zunächst ohne Erfolg. Erst am 4. Juli hat sie 40 Kroaten erwischt, zu deren „Schutz“ die Behörden umfassende Maßnahmen trafen.

Von der Leitung des Bauarbeiter-Verbandes war alles versucht worden, die Differenzen zu schlichten; der grobe Verstoß gegen den Vertrag durfte aber nicht zugelassen werden, denn dieser legt den Parteien ausdrücklich die Verpflichtung auf, gegen die örtlichen Verträge gerichtete „Verstöße oder Umgehungen nachdrücklich zu bekämpfen“. Eine Eingabe der Verbandsleitung an die Generaldirektion der Reichseisenbahnen, in welcher diese ersucht wurde, die Firma zur Einhaltung des Vertrages anzuhalten, wurde mit der Begründung zurückgewiesen, daß der von der Generaldirektion mit der Firma abgeschlossene Vertrag ersterer keine Handlung zum Eingreifen biete. Erklärte sich so die Regierung außerstande, auf den vertragsbrüchigen Unternehmer irgend einen Einfluß auszuüben, so entwickelte sie auf der anderen Seite einen fieberhaften Eifer, den Unternehmer in seinem vertragswidrigen, also unmoralischen Tun zu unterstützen. Ein massenhaftes Aufgebot an Polizisten und Gendarmen wurde an die Baustelle dirigiert um diese abzusperren.

Das Schauspiel des polizeilich abgesperrten Bauplatzes zog begreiflicherweise eine Menge Zuschauer heran. Das machte die Polizei nervös, und sie begann mit der „Säub-

zung" der Gegend. Zur höheren Ehre des vertragsbrüchigen Unternehmers und der ausländischen Streikbrecher ging die Polizei gegen die Menge mit einer Brutalität vor, die anscheinend den Polizeierganen im Blute liegt und stets zutage tritt, wenn sie gegen wehrlose Bürger losgelassen werden.

Diese Opfer schienen aber den Behörden nicht zu genügen. Die polizeiliche Bewachung der Baustelle wurde verstärkt und das unter Belagerungs-zustand gestellte Gebiet der Stadt erheblich erweitert. Nicht nur wurden die Polizeimannschaften durch Zuzug von auswärtigen auf einen bedeutend höheren Stand gebracht, auch Militär wurde aufgebote.

Zum Glück ist es soweit nicht gekommen, und inzwischen ist auch der Streik beendet worden. Am 16. Juli verbreitete das Wollsche Telegraphen-Bureau die Nachricht, daß es dem in Berlin weilenden Bildergemeister Cohnmann gelungen sei, den Streik beizulegen.

Es damit auch der Streik beendet, so werden sich doch die Vorgänge, die sich aus diesem Anlaß abspielten, unauslöschlich in die Erinnerung der Arbeiter einprägen. Im Deutschen Reich, das sich rühmt an der Spitze der Sozialreform zu marschieren, wird die bewaffnete Macht gegen die Arbeiter geschickt, die nur die Anerkennung des Tarifvertrages durch die Unternehmer verlangen.

Die drei Verbände der keramischen Berufe, also der Glasarbeiter, Porzellanarbeiter und Töpfer, hielten vom 30. Juni bis 5. Juli gleichzeitig ihre Generalversammlungen in Leipzig ab. Im Vordergrund des Interesses stand die Tariffrage, die von den Verbandsvorständen vorbereitet war und nun an Hand eines vorgelegten Statutenentwurfs für den neuzubildenden "Deutschen Keramarbeiter-Verband" erörtert werden sollte.

Dadurch kam es, daß auch jetzt noch Stimmen laut wurden, die dem Anschlusse an den Bauarbeiter-Verband das Wort redeten oder einer Trennung, wobei die Ofenseher den Bauarbeitern die Arbeiter der Kachelabriken aber den Keramarbeitern zufallen sollten. Doch erklärte sich schließlich die Mehrheit für den geschlossenen Beitritt zu der neuzubildenden Organisation, deren Statut allerdings für die Töpfer einige Beschränkungen in bezug auf den Genuß der Arbeitslosenunterstützung vorsteht.

Die beiden andern Verbände waren aber mit einer Verlegung der ganzen Frage auf Jahre hinaus nicht einverstanden, sie fordern vielmehr deren baldige Lösung und wollen sich nötigenfalls zunächst allein zusammenschließen. Vorerst sollen aber noch unter den Verbandsvorständen Verhandlungen über neue Grundlagen einer Einigung gepflogen werden.

Eine internationale Buchbinderkonferenz fand Ende Juni in Brüssel statt. Auf ihr waren 13 Organisationen aus zwölf Ländern durch 27 Delegierte vertreten. Im Jahre 1907, als die erste internationale Konferenz zusammentrat und ein internationales Sekretariat schuf, schlossen sich diesem acht Landesorganisationen mit insgesamt 34 178 Mitgliedern an, während Ende 1912 schon 14 Landesorganisationen angeschlossen waren.

Eingefandt.

Zur Stuhlarbeiterkonferenz.

Die Anregung zu einer zweiten Konferenz der Stuhlarbeiter ist nur zu begrüßen. Die Verhältnisse haben sich seit 1906 nicht unwesentlich verändert. Während früher in der Stuhlindustrie von Tarifverträgen soviel wie nichts vorhanden war, streben jetzt die Kollegen überall danach, dem Arbeitsverhältnis durch Schaffung von Tarifverträgen eine festere Grundlage zu geben.

zu verhindern, wird man die Lohnkämpfe auf eine andre Basis stellen müssen. Die Kalkulationstabellen sollten überall zur Anerkennung gebracht werden. Da die Arbeitsmethoden jedoch verschieden sind, so müßten die Tabellen den örtlichen Verhältnissen angepaßt werden.

R. D r e s c h e r, Neuhäusen.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2, bezogen werden.

Uebersetzung der Religion und des Gottesglaubens von Heinrich Cunow, Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin. Preis 1,20 Mk., gebunden 1,50 Mk.

Der Verfasser hat sich die Aufgabe gestellt, in vollstimmiger Darlegung den Nachweis dafür zu erbringen, wie eng die Religionsvorstellungen der Naturvölker mit ihrer Lebensweise und ihrer Naturumgebung zusammenhängen. In seinem Vorwort sagt Cunow darüber: "Noch immer stößt man selbst in ethnologischen Werken auf die Ansicht, daß alle Religionsvorstellungen nichts anderes seien, als das sogenannte freie Spiel einer überhitzten Phantasie."

Briefkasten.

Unsere Korrespondenten machen wir darauf aufmerksam, daß der Redaktionsschluss am Montag mittag eintritt. Später eingehende Zuschriften können für die laufende Nummer nicht mehr berücksichtigt werden. Ebenso tritt auch der Schluss der Inseratenannahme am Montag mittag ein.

Arbeitslosigkeit im 2. Quartal 1913.

Table with columns for Gau, Arbeitslose Mitglieder am Orte, and Unterstützung haben erhalten. Rows list various Gauen like Danzig, Stettin, Breslau, Berlin, etc., with data for the 2nd quarter of 1913.

Im 2. Quartal 1913 wurden insgesamt 39 901 Mitglieder als arbeitslos gemeldet, gegen 45 013 im vorigen und 33 585 im 2. Quartal 1912. Die Prozentziffer der Arbeitslosen zur jeweiligen Mitgliederzahl betrug im Berichtsquartal 20,6, im Vorquartal 23,3 und im 1. Quartal des Vorjahres 20,5 Prozent.

zeiten sind 46,9 bzw. 33,0 Prozent. Der Anteil der Unterstützten an der Gesamtzahl der Arbeitslosen schwankt in den einzelnen Gauen zwischen 25,9 und 64,7 Prozent; er bezieht sich im Gau Erfurt auf 64,7, Magdeburg 58,2, Breslau 58,0 Hannover 57,7, Dresden 53,9, Nürnberg 53,7, Danzig 50,3, München 48,5, Düsseldorf 48,1, Stuttgart 46,9, Leipzig 40,9, Frankfurt 39,4, Berlin 36,2, Stettin 35,2 und Hamburg 25,9 Prozent.

Der Verbandsvorstand.

Anzeigen.

Braunschweig. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Weber 32, II. Umfchauern, Benutzung des städtischen Nachweises sowie event. der Inserate ist strengstens verboten.

Stettin. Die reisenden Kollegen werden ersucht, sich über die hiesigen Verhältnisse zuerst bei der Lokalverwaltung zu erkundigen. Umfchauern strengstens untersagt. Unterstützung beim Kassieren Koll. Bewand, Springstr. 35, Abends 6-7 Uhr.

Stettin. Der Arbeitsnachweis befindet sich Brauhausgasse 11, pt. Umfchauern streng verboten.

Erfurt. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Weber 32, II. Umfchauern, Benutzung des städtischen Nachweises sowie event. der Inserate ist strengstens verboten.

Frankfurt a. Main. Der Arbeitsnachweis befindet sich im Bureau, Allee 11, I. Umfchauern, Benutzung des städtischen Nachweises sowie event. der Inserate ist strengstens verboten.

Großschönau. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei dem Bevollmächtigten R. Gulch, Grenzweg 687. Geöffnet mittags 12-1 1/2 Uhr, nachmittags von 3 1/2-4 Uhr.

Hellbrunn. Die Herberge befindet sich ab 1. Juli im Gasthaus zur Rose, Marktpl. 6. Umfchauern, Benutzung des städtischen Nachweises sowie event. der Inserate ist strengstens verboten.

Leipzig. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Volkshaus, Zeitzerstr. 32. Für die Arbeitsvermittlung gelten besondere Bestimmungen.

Münster. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Ganggasse 13, 5th. I. Umfchauern ist verboten.

Obernhan. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Freiburgerstr. 18, II. Umfchauern ist streng verboten.

Rastatt. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Sauerstr. 18, Eingang Mittelgasse, I. Etage. Geöffnet von 11-1 und 5-7 Uhr.

Reichenbach i. B. Unser Arbeitsnachweis befindet sich im Gasthof „Neue Welt“. Umfchauern streng verboten.

Riesla. Die reisenden Kollegen werden ersucht, sich über die hiesigen Verhältnisse zuerst bei der Lokalverwaltung zu erkundigen. Umfchauern streng verboten.

Sangerhausen. Der Arbeitsnachweis befindet sich Rittergasse 15. Das Umfchauern ist streng verboten.

Schwelmungen. Das Zahlstellenbureau befindet sich vor jetzt ab in der „ehemaligen Handelsbrücker“. Oberndorferstraße 17/19. Auszahlung der Reiseunterstützung und Arbeitsnachweis 12-7 Uhr nachmittags.

Schweinitz i. Meißn. Der Arbeitsnachweis befindet sich von 1. August ab für alle Branchen bei Hahn, Gr. Rohr 19. Geöffnet abends 6-7 Uhr. Morgens von 9-10 Uhr Kontrollzeit.

Soltau. Die reisenden Kollegen werden ersucht, sich über die hiesigen Verhältnisse zuerst bei der Lokalverwaltung zu erkundigen. Umfchauern streng verboten.

Wegscheid. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Begeß, Kirchenstr. 69. Geöffnet morgens von 10-11 Uhr und nachmittags von 5-7 Uhr.

Waldburg, Schlesia. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich bei dem Kollegen D. Bruste in Altwasser, Bergstr. 7. Sämtlich werden alle Unterstützungen ausbezahlt. Die Herberge befindet sich im „Gartenhaus“ in Altschiff. Umfchauern ist streng verboten.

Waldbraun i. E. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, werden ersucht, sich zuvor am Auskunft an unsere Bevollmächtigten zu wenden. Umfchauern verboten.

Alfred Braun, Schreiner, geb. 17. 5. 1896 zu Chemnitz, Bachstr. 62/61, wird aufgeführt seiner Verpflichtung in der Geschäftsstelle des Reichsverbandes Holzgewerbetreibender. Die Kollegen werden um seine Hilfe gebittet. Chr. Seeger, Oberndorf a. Rh., Kurfürstenstr. 52.

Wladislaus Brewka, Tischler, geb. 8. 6. 1882 zu Ren-Schönberg, Bachstr. 59/62, wird ersucht, sofort seine Adresse zu ändern an die Geschäftsstelle des Reichsverbandes Holzgewerbetreibender in Carlsdorf, Silesien, Silesienstr. 15.

Dettlew Rosenkranz, Tischler, geb. 15. 6. 1882 zu Freese, wird aufgeführt seiner Verpflichtung in der Geschäftsstelle des Reichsverbandes Holzgewerbetreibender. Die Kollegen werden um seine Hilfe gebittet an H. Beckmann in Carlsdorf, Silesien, Silesienstr. 15.

Lokalbeamter gesucht.

Die Geschäftsstelle Reichsverbandes sucht zum nächsten Austritt einen tüchtigen Kollegen. Bewerber müssen mindestens 3 Jahre dem Verbande angehören, in der Organisation, Kassieren und Lokalbewegung genügend Erfahrung besitzen. Kenntnisse in der allgemeinen Arbeiterbewegung und rednerische Fertigkeiten müssen vorhanden sein.

Die Anstellung erfolgt nach den auf dem nächsten Verbandstag beschlossenen Anstellungsbedingungen. Eigenständig geschriebene Antworten mit Angabe über die bisherige Tätigkeit unter Aufsicht „Bewerbungen“ sind bis zum 8. August an den Vorsitzenden der Geschäftsstelle, Kollegen Heinrich Planch, Kassierer im Reichsverband, Silesienstr. 15, zu senden.

Lokalbeamter.

Für die Zahlstelle Begeß wird zum 1. September 1913 ein Lokalbeamter gesucht. Bewerber müssen mit der Führung der Kassengeschäfte vertraut sein, in organisatorischer und agitatorischer Hinsicht Erfahrungen besitzen. Offerten mit einer Darstellung der bisherigen Verbandstätigkeit sowie mit einer selbstgeschriebenen Arbeit über die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten sind bis zum 15. August d. Js. mit der Aufschrift „Bewerbung“ einzusenden an das Holzarbeiter-Bureau Begeß, Kirchenstraße 69.

Die Anstellungskommission.

Tischler auf Bau und einfache Möbel stellt ein Richard Mustroff, Tischlerei in Motzobetrieb, Unruhstadt, Posen.

2 bis 3 tüchtige Möbelschler stellt ein Albert Krause, Tischlerei mit Motorbetrieb, Bärsvalde, Pommern. Lohnsätze nach Stolper Tarif.

Tüchtiger Camera-Tischler gesucht. Reise wird vergütet. G. Dürr, Camera-Tischlerei, Unsbach, Bayern.

Tücht. Zuschnneider für Massenfabrikation von Karolina-pine-Küchen, der auch die Arbeitseinteilung aller anderen Maschinen übernehmen muß, sofort gesucht. Heint. Lohse, Möbelfabrik, Raugel i. Westf.

Selbständiger Messingarmaturen-Modellschreiner bei gutem Lohn für dauernd gesucht. Metallwarenfabrik Baden-Baden.

1 älteren Polierer, 1 Drechsler u. mehrere Tischler auf Kastenmöbel stellt auf dauernd bei hohem Lohn und Akkord ein Kastenburger Möbelfabrik Kurt Siebert, Kastenburg, Ostpr.

Zuverlässiger, erfahrener Maschinenwärter für 16 PS. Sauggasmotor und elektrische Lichtanlage auf sofort in dauernde Stellung gesucht. Derselbe muß auch an Holzbearbeitungsmaschinen arbeiten können, oder angelehrt werden wollen. Worpeweder Werkstätte, Larmstedt bei Bremen.

Tüchtige Stuhlpolierer stellt sofort ein Waldeckische Stuhlfabrik G. m. b. H., Mengersinghausen (Waldeck).

Kreisschleifer auf Holzschirngriffe und Stöcke finden dauernde Beschäftigung bei Alphonse Ludwig & Co., Stöckfabrik, Berlin SW. 61, Belle Alliance-Strasse 92.

Jung, tücht. Drechsler bei hohem Lohn od. Akkord gesucht. E. Wichmann, Neustettin.

Dersilberer

Tüchtiger, welcher auch instande ist, saubere Bronzeleisten zu machen, Polierbronze, wie matt, in Leistenfabrik sofort gesucht. Reisevergütung. Johann Wolf, Goldleistenfabrik, München, Quersfeldstr. 6.

Tüchtiger Korbmacher auf Reise- und Waidkörbe sofort gesucht. Max Pasbrig, Striegau, Schlesia.

Mehrere Korbmacher auf Mattarbeit finden dauernde Beschäftigung. E. Gize, Korbfabrik, Oldenburg i. Gr.

4 tüchtige Gestellarbeiter durchaus selbständig auf Peddigmöbel, finden dauernde Beschäftigung. Minimallohn 60 bis 75 Pf.

„Rotang“, Werkstätte für Rohmöbel, Riga, Wallstraße 19. Rußland.

1 tüchtiger Korbmacher auf Mattarbeit erhält sofort Stellung. Paul Wintler, Korbfabrik, Herischdorf i. Riesengeb.

Tüchtigen Korbmacher auf Reiskörbe stelle ein bei gutem Lohn. Otto Weinert, Ralsau (Vogtl.).

Jüngerer Korbmacher auf Mattarbeit sofort gesucht. Hermann Hoff, Wolgast, Pommern.

Einen Korbmacher auf Grün (matt) sucht Gierk, Anklam.

Korbmacher auf Geschlagen u. gefreuzte Arbeit sofort gesucht. Kann sich auch in Peddigmöbel und Gestellarbeit einarbeiten. Hoher Akkord oder 27.- Mk. Wochenlohn. Reiterentschädigung. S. Kiamel, Rohmöbelfabrik, Troisdorf, Bez. Köln a. Rh.

Ein tüchtiger Korbmachergehilfe auf geschlagene Arbeit, weiß und grün, wird per sofort bei gutem Lohn verlangt. Walter Grigoleit, Korbmachermeister, Berder bei Potsdam.

Größ. Part. Obstkörbe (Stives) g. Kaffe gef. Off. u. D. E. 368 a. d. Exped. d. Ztg.

2 Korbmacher auf grüne Mattarbeit und geschlagene Arbeit sofort gesucht. Ernst Rothbart, Korbmachermeister, Straßsund, Bechermacherstr. 1.

1 Korbmacher findet Arbeit bei Herrn. Haase, Freitroda bei Schkeuditz.

3 bis 4 Korbmacher, flotte Arbeiter, auf Mattarbeit gesucht. Solche, welche auch Roharbeit machen können, bevorzugt. F. Pachold, Rothenburg a. Ober.

Ein Korbmacher auf Reiskörbe, einer auf Ostinggeschlagen und ein Peddigarbeiter gesucht. Nur selbständige Arbeiter wollen sich melden. Fr. Ulrich, Perleberg.

Ein tücht. Schweifer für Pantinenhölzer bei gutem Lohn und Akkord für dauernd gesucht. Adolf Schwarz, Holzpantinenfabrik, Dömitz a. Elbe.

Schirmstoffabrik in Berlin, 6 Jahre best., mod. Masch., Werkzeuge u. Platz i. hell. Räum. f. 25 Arb. Miete 45 Mk., Frankh. f. 2000 Mk. z. verl. Off. a. d. Exp. d. Ztg. unt. D. 2. 360.

Achtung! Sehr gute Erwerbchance für Anfänger, hauptsächlich Wagenbauer, Stellmacher oder Drechsler; halbes Hausgrundstück mit vielen Nummern, gute Gebäude, Mietwohnungen, 1/2 Morgen gutes Land und Baustellen, bisher Tischlerei, m. 3-4000 Mk. Anzahlung. Preis 12800 Mk., sofort veräußert. D. Kurth, Samotshin (Posen), Wasser- u. Bahnhofsstr.

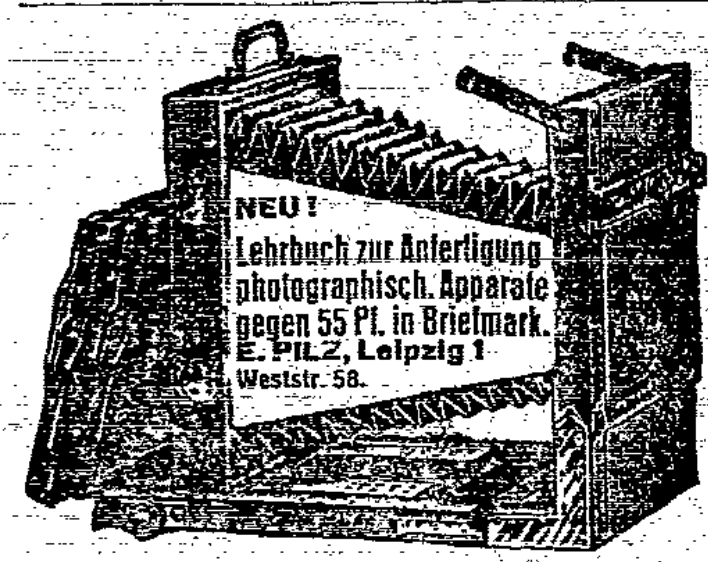
Blleistie und Maßstäbe „Solidarität“ nur von Jean Bloss, Nürnberg-Stein.

Leichte Arbeit

hal, wer sich zumeist macht, was andere erfahrene Fachgenossen in ihrer Praxis herausgefunden und erprobt haben. Alles das ist niedergeschrieben und durch ausgezeichnete Abbildungen erläutert in dem berühmten Werk „Der praktische Tischler“ von Herrn. Waide. Es enthält 800 Seiten Text mit 1000 Abbildungen, 100 ein- und mehrfarbigen Tafeln und zwei lehrreiche Modelle, und kostet 22 Mark, zahlbar mit monatlich 3 Mark. Erwerben Sie sich Ihre schwere Arbeit, sorgen Sie für Ihre sachliche Weiterbildung! Sie werden es nicht bereuen. Alle Bücher liefert gegen Zeitzahlung E. S. F. Meisner, Leipzig, Salomonstr. 10b.

„Spitzbankhaken Anker!“ ist der beste, beim Arbeitswechsel leicht mitzunehmen, paßt vermittelst seiner ausdehnbaren Wände zu jeder Hobelbank. Preis per Stück 2,50 Mk., bei Sammleraufträgen von zehn Stück an 10 Prozent Rabatt, franco gegen Nachnahme. Verlangen Sie gratis und franco meine Preislisten über viele praktische Neuheiten.

Heinr. Busch, Hagen i. Westf. Beschläge und Werkzeuge.



Thüringische Tischlerfachschule Ilmenau. Schnelle und sichere Ausbildung. DIREKTION: Architekt Kallsen.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe. Verantwortl. vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzgewerbetreibendenverband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 12. Juli, bis Freitag, 18. Juli 1913. A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen. C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Table with columns for Ort, Bau-tischler, Möbelschler, Maschinenarbeiter, Polierer, Drechsler, and Sonstige Branchen. Rows list various cities like Berlin, Bremen, Breslau, etc., and a summary row for Zusammen and for the week.

Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen. Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzgewerbetreibendenverbandes, G. m. b. H. in Berlin SO. 16.

Paul Horn Poltur- und Lackfabrik Hamburg 23. Unübertroffen und darun von so großer Werbkraft sind mein wasserreichtes Peha-Matt, meine nach Verfahren hergestellten gereinigten Schellackpollituren und meine hochmodern Holzbeizen, die sich durch besondere Farbenpracht auszeichnen (Lichenbeizen, Albo-Musabeizen, Saliniakbeizen, Spiritusbeizen, Ambrantbeizen usw.). Mein neues Polierverfahren hat sich längst bewährt. Es ist durch Reichspatente gesetzlich geschützt. Man erspart Material, Zeit und Arbeit. Ich versende zum Versuch ein Körbchen, enthaltend: 1 Flasche Peha-Matt, 1 Neutral-Schellackpollitur-Extrakt, 1 Patentpollitur zum Reinpolicieren, 1 allerfeinsten Pollitur-Glanzack (blond), 1 Kristall-Lack (blond), 1 Schleif- und Polieröl (gelblich), 1 Dose Porenpulver Mon-Ak (ausBbaum), 1 Marjor-Mona (mahagoni), 1 Bimsstein-Polier-Pulver (hellrot), 1 Tube Inkrustationskit, blond (zum Auskiten schadhafter Holzstellen), 1 Stück Kork-Schleifklotz (120x75x30 mm). Bei Bestellungen genügt die Angabe: 1 Versuchskörbe zum Polieren zu 8 Mk., frk. inkl. Einbüllage.

Quittungs-Marken und Kautschuk-Stempel liefert seit 30 Jahren Jean Holze & Co. Hamburg, Besenbinderhof 70.

Streichs Tischler-Fachschule Cöthen. Erste deutsche Holz- und Poliermeister-Schule. Spezialkurse für alle Betriebsbeamten. Programm kostenlos durch die Direktion.

SEIT 20 JAHREN steht die Fachschule Detmold an der Spitze der Tischlerfachschulen. Aushunft frei. DIREKTOR KOLSCHER.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule. Erstkl. techn. u. kunstgewerblich. Lehranstalt m. Hauskursen. Nürnberg. Größte und anerkannt beste Privatschule der Branche. Im 8. Schuljahr III. Brösch. erhielten 69 Schüler Stellung. umsonst.

Ein- bis zwölfmonatige Kurse bei der Tischlerfachschule Blankenburg H. 2. Folgende Monatsfächer können bei freier Wahl belegt werden: 1. Zeichnen von Skizzen und Details für Bau und Möbel, 2. Treppenaufbau und Fensterkonstruktionen, 3. Konstruktion der Perspektive und Katalogzeichnungen, 4. Zeichnen von Möbelschlerarbeiten, 5. Buchführung, Kalkulation u. Geschäftsaufsätze, 6. Antarktiszeichnen, 7. Ausbildung als Holz- und Poliermeister, 8. Ausbildung als Maschinenmeister (eigener Maschinenbau). Honorar: 1. Semester 35 Mark. Als Werkführer und zur Meisterprüfung sind drei Monate Schulbesuch erforderlich. Schulgeld 100 Mark. Aus Anlaß meiner 20-jährigen Tätigkeit als Fachschul-Direktor erhält jeder neu eintretende 10. Schüler eine Stelle in Höhe von 100 Mark. Programm frei. Dir. Reineking.

Ingenieur-Akademie Wismar a. d. Ostsee für Maschinen- u. Elektro-Ing. Bau-Ing. und Architekten.